

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Halbjährlich 3,50 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus, Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM. pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Kuba, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 30. Juli 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Bekannt für die sechsstelligen Nummernliste über deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Beiträge und Bekanntmachungen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das ist gebuchte Wort 20 Pf., (zulässig 2 gebuchte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Oesterreichlicher Imperialismus.

Aus Wien wird uns vom 27. Juli geschrieben:

In der Debatte im Unterhause hat Churchill, zur Begründung der wahnwichtigen Rüstungen, die England plant, auch von Oesterreich-Ungarn als von einer „neuen Seemacht“ gesprochen. Die schwarzgelben Offiziere haben das „Lob“ bescheiden abgewehrt und gemeint, mit den vier Dreadnoughts, die in Oesterreich-Ungarn in Bau sind, könne nicht viel Staat gemacht werden. Aber die Bescheidenheit ist sehr unangebracht, denn in Wahrheit wächst das Gefühl der Militärs auch hier zu Lande ins Unermessliche. Den vier Dreadnoughts werden weitere folgen, wie ja für den Militarismus jedes schwere Opfer, das er dem Volke auferlegt, ein Anreiz zu neuen Forderungen und ein Präjudiz neuer Verpflichtungen ist. Mit der Wehrreform, die jetzt ins Leben tritt, wird das ganze nur irgend wie zulängliche Menschenmaterial verschlungen. Und mit alledem nicht genug: die Forderung nach der Viertelmilliarde Kronen, die der Kriegsminister zur Umbewaffnung der Artillerie erhebt, wird, wenngleich sie die beiden Regierungen für dieses Jahr abgelehnt haben, ganz unzweifelhaft wieder aufstauen, und, wie es immer der Fall, schließlich auch zugestanden werden. Aus dem armen, ausgeplünderten und in allen kulturellen Dingen so rückständigen Lande soll demnach alles herausgepreßt werden, was ihm nur an Gut und Blut abgezapft werden kann, herausgepreßt werden für den Moloch. Die Schwarzgelben haben es also nicht nötig, so bescheiden zu tun; in dem Wahnsinn der Rüstungen, der auf den Völkern als Fluch des Kapitalismus lastet, steht nun auch Oesterreich-Ungarn nicht zurück.

Mit den neuen Kanonen, die man fordern will, hat es eine gar seltsame Verwandnis: es sollen nämlich die Geschütze, die erst vor knapp sieben Jahren angeschafft worden sind, hinausgeworfen und durch neue ersetzt werden. Die Geschütze sind noch gar nicht in Gebrauch genommen worden, und schon müssen sie durch neue ersetzt werden. Nämlich Oesterreich-Ungarn hat die Kanonen aus Schmiedebronze, und der Herr Kriegsminister, den wir jetzt haben, hat gefunden, daß Bronze nichts taugt und durch Stahl ersetzt werden müsse. Die Artillerisierung der Landwehr ist noch gar nicht bevilligt, das ist ein Zukunftsplan, aber die Kanonen für sie sind, natürlich aus Bronze, schon fertig und eingelagert und mühen also umgetauscht werden, bevor sie eingeführt sind. Netze Zustände, nicht? Die Bronzegeschütze soll der frühere Kriegsminister Kriegskammer am Gewissen haben. Es bestand schon damals eine starke Abneigung gegen die Stahlbronze, bekanntlich eine österreichische Erfindung des Generals Uchatius, und man war schon vor sieben Jahren von der Ueberlegenheit des Stahls überzeugt und geneigt, die österreichische Erfindung fahren zu lassen. Der wahre Kriegsminister hatte aber eine eigene Fabrik zur Schmiedung der Bronze errichtet, und da man die Million dafür nicht „nutzlos“ aufgewendet haben wollte, ließ man vor der Entscheidung durch die Delegationen die geschmiedete Bronze für die Geschütze in riesigen Mengen anfertigen, um die Delegationen zu zwingen, bei der Bronze zu verbleiben. So erzählt es nämlich der jetzige Kriegsminister, der damit für seinen Stahl Stimmung machen will, aber nicht bedenkt, in welchem Licht er die österreichische Seeresverwaltung damit erscheinen läßt. Es ist nicht ausgeschloffen, daß damals auch diese „Schmieragen“ mitgespielt haben, denn jener Kriegshammer war dafür bekannt, auch für klingende Argumente empfindlich gewesen zu sein, wonach die armen Völker in Oesterreich-Ungarn jetzt so etwa an eine halbe Milliarde herhalten müßten, um die unlauteren Dummheiten eines wenig launigen Ministers vor sieben Jahren gutzumachen. So wirtschaftet der Militarismus mit der Völker Gult! Im übrigen weiß man, daß der Moloch um „Argumente“ nie verlegen ist, und vernünftige Leute haben sich längst abgefunden, den „Beweisen“ für die augenblickliche „Notwendigkeit“, die der Militarismus vorschützt, die geringste Aufmerksamkeit zu schenken. Wie es die Herrschaften „begründen“ werden, daß sie die Viertelmilliarde fordern, ist nebensächlich; wichtig und sicher ist nur das eine: daß sie nämlich nicht Ruhe geben werden, bis sie sie den Völkern abgeknüpft haben. Leicht wird es freilich diesmal nicht gehen, denn beide Staaten der berühmten Monarchie befinden sich, was Geld betrifft, auf dem Trocknen. Der Moloch wird immer unerbittlicher und der Dalles wird immer größer. Das Ende wird der Krach sein.

Die Seele dieses ewigen Forderns ist natürlich der Thronfolger, dem alles zu wenig ist, was die Kriegskammer verlangen und was die Regierungen bewilligen, und dessen „Unbegreiflichkeit“ im Fördern offensivitätlich dazu bestimmt ist, die „Nachgiebigkeit“ des alten Kaisers zu beschämen. Diese Viertelmilliarde hat er schon früher begehrt, und weil der frühere Kriegsminister die Forderung fallen ließ, traf ihn die Ungnade des Belvedere, die ihn auch bald zu Fall brachte. Franz Ferdinand liebt, darin seinem Ideal in Berlin folgend, die starken Worte, und so hat er die gemaltige Last der Opfer, die die unterschiedlichen militärischen Reformen“ der letzten Jahre in Andruha nahmen, mit dem Worte abfertigen wollen, „elender Brocken“. In der Rücksichtslosigkeit, mit der sich das Belvedere über die Interessen des Volkes hinwegsetzt, diesem Vorantstellen und Unter-

streichen der militärischen Ansprüche und Zurücksetzung all dessen, was der moderne Staat an Notwendigkeit herbeibringt, birgt schwere Gefahren in sich und wird sich auch in Europa als ein Element der Unruhe, der Bedrohung des Friedens bemerkbar werden. Es ist der österreichische Imperialismus, der sich darin ausdrückt. Unklar in seinem Ziele und unverständlich in seinen Mitteln, strebt er heute vornehmlich die Erfüllung der militärischen Machtträste an. Aber daß die oberwichtige Rüsterei nicht dem Frieden dient, ist klar, und die Welt kann noch rascher als ihr lieb, erfahren, daß sie dem Frieden nicht dienen will.

## Neu-Kamerun.

Im Verlage von Gustav Fischer in Jena hat das Reichskolonialamt eine Schrift erscheinen lassen, in der die Verhältnisse des Kongogebiets, das von Frankreich an Deutschland durch das Abkommen vom 4. November 1911 abgetreten wurde, dargelegt werden.

Wegen dieses Kolonialgebiets, das in der Schrift „Neu-Kamerun“ genannt wird, kam es bekanntlich im Sommer v. J. beinahe zu einem Kriege mit Frankreich — wir erinnern an die Aktion vor Iquidra — und Herr v. Lindquist schüttelte den Staub des auswärtigen Amtes von seinen Schuhen, da es von einer Erwerbung dieses Kolonialgebiets nicht erbaut war. Die neueste Schrift über Neu-Kamerun zeigt, daß die Kolonialherrlichkeit hier nicht weit her ist.

Rachstehend entnehmen wir der Schrift einige Stellen. Ueber das Siedengebiet sagt der Verfasser Dr. A. Ritter: „Die Lebensbedingungen sind klimatisch hier im allgemeinen dieselben, wie in allen anderen westafrikanischen Urwaldländern. Besonders unangenehm macht sich der ständige große Feuchtigkeitgehalt der Luft geltend, der meist den Grad einer vollständigen Sättigung erreicht; erträglich ist der Aufenthalt auf den trockenen Hochflächen. Hier ist in den Nächten eine wohlthuende Abkühlung bemerkbar. Auch sind die Stechfliegen, die in den Sumpfböden des Jwinda und in den Niederungen des Ebea und des Uga sehr lästig sind, in den höheren Lagen seltener. Sumpffieber, Gallen- und Leberaffektionen sind selten; Beriberi kam im Jahre 1909 zur Beobachtung, dagegen richten die Pocken unter den Eingeborenen große Verwüstungen an, auch Lepa und Geschlechtskrankheiten sind sehr verbreitet. — Von größter Bedeutung ist, daß in diesem Gebiete die Schlafkrankheit in den letzten Jahren Fortschritte in westlicher Richtung gemacht hat. . . . Zur Bekämpfung der Krankheit ist in diesem Gebiete bisher noch nichts geschehen. — Die Vegetation des Gebiets wird bestimmt durch seine Zugehörigkeit zur Urwaldzone. Wenn der Urwald auch nicht an allen Stellen gleiche Dichtigkeit und Zusammensetzung zeigt — auf der Höhe wird er von lichterem Hochwald oder dichterem Busch, im Jwindaumpfböden von Bambus- und Kolongbrüden abgelöst — so ist doch das Land vom Sanga bis zur spanischen Grenze ununterbrochen mit Wald bedeckt. . . . Die Kautschukbestände sind in diesem Gebiete schon ziemlich gelichtet. Kautschukbäume gibt es hier überhaupt nicht mehr; aber auch die Pflanzenbestände haben sehr gelitten.“

Ueber den Sanga vor sprang, den südlichen der beiden sogenannten Kongogipfel, wird u. a. gesagt: „Ueber die meteorologischen Verhältnisse des Sanga vor sprang liegen genaue Angaben nicht vor, da es hier an den zur Beobachtung geeigneten Stationen fehlt. . . . Der Himmel ist fast immer bedeckt. Die Temperatur ist während des ganzen Jahres gleich und fast ohne Tagesschwankungen. Fast unerträglich wird sie dadurch, daß die Luft bis zur Sättigung mit Wasserdampf angefüllt ist. Dazu ist die Rückenlage nirgends in Afrika so groß wie hier. Die gewöhnlichen tropischen Krankheiten treten in diesem Gebiete in besonders schwerer Form auf; auch die Schlafkrankheit ist hier sehr verbreitet. Der dauernde Aufenthalt von Weissen in diesem Gebiet wird von Kennern des Landes für unmöglich gehalten; sogar ein nur vorübergehender Aufenthalt von wenigen Monaten wird als geradezu mörderisch bezeichnet. — Die Bevölkerung dieses Gebiets zerfällt in eine Anzahl von Völkern, über die noch wenig bekannt ist.“

Im dritten Kapitel der Schrift kommt der Verfasser zu dem Siedengebiet. Er sagt: „Die gesundheitliche Beurteilung dieses Gebiets wird aber weniger durch diese allgemeinen klimatischen Voraussetzungen bestimmt, als durch die Tatsache, daß das ganze Siedengebiet des Sanga und des Abangi von der Schlafkrankheit durchsetzt und als der Herd zu betrachten ist, von dem aus sich die Krankheit auch nach Alt-Kamerun verbreitet hat. . . . Ein großer Teil der eingeborenen Bevölkerung ist infiziert. Von der französischen Regierung ist hier bis vor kurzem so gut wie nichts zur Bekämpfung der Krankheit geschehen. . . . In diesem Gebiete ist auch der beste Beweis dafür erbracht worden, daß die eine zeitlang angenommene Immunität der Weissen gegen die Schlafkrankheit nicht besteht. Es sind hier viele Weisse infiziert worden. . . . Unter den Eingeborenen fordern neben der Schlafkrankheit auch die Pocken zahlreiche Opfer.“

Dann beschäftigt sich die Denkschrift mit dem nördlichen Teile des Siedengebietes, mit dem Gebiet am Longone: „Zeitweise weht auch in diesem Gebiete der in Alt-Kamerun und Logo bekannte Harmatan, ein heftiger Nordwind, der hier oft wochenlang andauert. Er kommt mit großer Kraft über die ausgebreitete Steppe und führt den gefährlichsten und alles durchdringenden Sand der Sahara mit sich. Wochenlang ist dann die Sonne verhüllt, so daß in der Zeit dieser Stürme die Tagestemperaturen nicht über 25 Grad hinausgehen. . . . In den

heißen Monaten, in welchen die Nächte eine Abkühlung bringen, also Dezember bis Februar, empfindet es sich, Reisen in der Nachtzeit auszuführen. Während im Süden die Feuchtigkeit und die Rücken das Klima stellenweise schwer erträglich machen, ist es im Norden der Sonnenbrand. Die Flußläufe entlang ist auch hier die Rückenlage sehr groß. . . .“

Dem Handel, dem Verkehr und der Arbeiterfrage ist der zweite Hauptabschnitt des Buches gewidmet. Man liest da: „Darüber wird man sich aber nicht täuschen dürfen, daß es hier einer besonders intensiven Eingeborenenfürsorge bedarf, um zu einem Erfolge zu kommen, denn abgesehen davon, daß die Lebensbedingungen im zentralafrikanischen Urwald an sich nicht sehr günstig sind, muß hier der Kampf gegen zwei besonders gefährliche Krankheiten aufgenommen werden, gegen die Pocken und gegen die Schlafkrankheit. Die Pocken treten hier in manchen Jahren verheerend auf und entblößen ganze Bezirke. . . . Verberlicher als diese Krankheit ist die Schlafkrankheit, weil bis jetzt noch kein Mittel gefunden worden ist, sich vor ihr zu schützen oder sie sicher zu heilen. Das jetzt deutsche Siedengebiet ist von dieser Krankheit in seiner ganzen Ausdehnung vollständig durchsetzt, besonders stark das Mündungsgebiet des Sanga und die Gegend um Nola. Unter diesen Verhältnissen ist es optimistisch, an eine Arbeiterzufuhr aus Britisch-Indien oder China zu denken. Auch haben die indische und die japanisch-koreanische Regierung schon längst und neuerdings auch die chinesische die Arbeiterzufuhr aus ihren Gebieten entweder ganz untersagt oder in einer Weise erschwert und überwacht, daß es wirtschaftlich viel mühsamer ist, wo der Zahl nach genügend einheimisches Arbeitermaterial vorhanden ist, dieses zur Arbeit langsam heranzuziehen.“

Ueber den derzeitigen positiven wirtschaftlichen Wert läßt sich die Denkschrift sehr wenig aus, weil nicht viel von dort zu holen ist: „Einfuhr und Investitionen sind sehr gering. Zwar sind nur verhältnismäßig kleine Gebiete abgebaut und große Gebiete noch nie von einem Weissen betreten worden, doch war der Export der hier gewonnenen Rohstoffe: Kautschuk, Eisenstein, Kupfer, Holz, Del, Fett, Kakao, Kaffee und Baumwolle bei allem Raubbau nur gering. Besondere Schwierigkeiten bereitet der wirtschaftlichen Erschließung des Landes das äußerst mangelhafte Verkehrsnetz. Eisenbahnen gibt es dort überhaupt noch nicht, und verschiedene Flußsysteme sind je nach dem Wasserstand nur mit Schwierigkeit passierbar.“

Das sind wenig erfreuliche Aufzeichnungen über jenen Teil des dunklen Afrika, der jetzt deutscher Besitz ist und um den bald ein Weltkrieg entbrannt wäre!

## Die portugiesische Republik und die spanische Regierung.

Genosse Pablo Iglesias schreibt uns aus Madrid: Die letzten vermessenen Unternehmungen der Monarchisten — Miguelisten wie Mammellisten — gegen die lusitanische Republik haben überzeugend bestätigt, daß die spanische Regierung unter Führung des Radikalen und Exrepublikaners Canalejas durch Begünstigung der sich gegen die politischen Einrichtungen des portugiesischen Volkes Auflehrenden das Internationale Recht verletzt hat.

Dies konnte man schon im vorigen Jahre beim ersten Aufbruch sehen, der sich an der Grenze in Galicia abspielte. Dieses Mal trat das jedoch mit größerer Deutlichkeit hervor. Außer auf die ununterbrochenen Vorbereitungen der Verschwörer an der galicischen Grenze, die von Sozialisten und Republikanern wiederholt angezeigt wurden, muß man auf die Taten, die in Madrid geschehen sind, hinweisen sowie erwähnen, daß die Patronen und Günter zum Einfall in Portugal von spanischen Fabriken geliefert wurden.

Die Automobile, die die Waffen und die Munition an die Grenze brachten, gingen von Madrid aus. Die Munition wurde von der Fabrik in Toledo und die Waffen von der in Oviedo geliefert. Zur Zeit der Vorbereitungen leugnete Canalejas, daß an der spanischen Grenze Verschwörer vorhanden seien. Jetzt, nach dem Aufbruch, versichert er, daß die spanische Regierung in keiner Weise die Männer begünstigt habe, die in Portugal einfielen, um die Monarchie wieder einzusetzen, und die jetzt eine vernichtende Niederlage erlitten haben.

In der Tat wurde in den republikanischen und sozialistischen Zeitungen ausführlich aufgedeckt, was die von dem Emigrantenchef Paiva Couceiro und anderen rekrutierten Soldaten an der Grenze taten.

Canalejas erklärte hierzu, daß das reine Erdnöl wäre, daß die sozialistischen und republikanischen Zeitungen nur politische Sonderzwecke verfolgten und daß außerdem der portugiesische Vorkämpfer mit dem Verhalten der spanischen Regierung zufrieden wäre.

Im Parlament wurde Canalejas verschiedene Male von der Linken interpelliert; man verlangte von ihm, daß er seine Verpflichtungen gegenüber der Regierung des Nachbarlandes erfülle. Canalejas antwortete, daß er sie immer erfüllt hätte, und daß nichts die Aufregung der sozialistischen und republikanischen Deputierten rechtfertige.

Die Sorglosigkeit der spanischen Regierung ging sogar so weit, daß der Staatsminister drei Tage vor dem Aufbruch, in Beantwortung einer Erklärung des republikanischen Deputierten Sorriano über das Verhalten der Verschwörer an der Grenze, ausführte, daß das, was die Emigranten täten, nur ein Zeitvertreib sei. Zu mir sagte der Ministerpräsident noch am Tage vor dem monarchistischen Einfall, ich spräche über unbestimmte Sachen, als ob sie Glaubensartikel wären. Außerdem erklärte er, daß die portugiesische Regierung keine offiziellen Vertreter oder Vermittler brauche.

Um den Standpunkt der spanischen Regierung und namentlich ihres Führers Canalejas beurteilen zu können, muß gesagt werden, daß die monarchistischen Streitkräfte, die die Stadt Ghabes angriffen, sich auf 1300 Mann und drei Geschütze belaufen und daß die Mannschaften mit Mäusergewehren, einige mit Rifebüchsen bewaffnet waren.

Diese Mannschaften hatten außerdem Pulvere, Munition und Explosivmaterial.

Wie sich diese Verschwörer organisierten, erzählt der Fahnenführer der unter Balboa Couceiro gerierenden Emigranten dem Arzte in Berlin, der viele Verletzte Monarchisten pflegte:

„Wir sammelten uns in einem Orte bei Guinzo. Dort erhielten wir Waffen und gingen durch spanisches Gebiet bis nahe an die portugiesische Grenze. Da kam ein Schar spanischer Gendarmen, die uns zu zerstreuen suchten. Wir schossen ein paar Male in die Luft und die spanischen Gendarmen liefen davon!“

Obwohl die Vorbereitungen dieser monarchistischen Streitkräfte, ganz ungehindert vor sich gehen konnten, war der Einfall in Ghabes eine Katastrophe. Die Zahl der Toten wird auf 100 gezählt und die der Verletzten und Gefangenen auf mehr als 800.

Natürlich hat diese vollständige Niederlage der Monarchisten das portugiesische Volk mit Freude erfüllt. Aber stärker als die Siegesfreude ist die Erbitterung des Volkes gegen die spanische Regierung wegen ihrer zweideutigen Haltung.

Dies erklärte die offizielle Note, die die portugiesische Botschaft in Madrid der Presse zugehen ließ. Sie greift die spanische Regierung scharf an, und mit Recht.

Canalejas hat, um einzulassen, verlangt, daß der Gouverneur der Provinz Orense seine Entlassung nimmt und hat verschiedene Maßnahmen gegen die portugiesischen Emigranten, die an dem Putsch beteiligt waren, getroffen.

Was die portugiesische Note betrifft, so hat Canalejas nicht gewagt, sie zu beantworten. Sein Schweigen wird dadurch gerechtfertigt, daß er die Lage nicht verschlimmern, einen diplomatischen Konflikt vermeiden will.

Uebrigens, daß sein Benehmen niemand täuschen kann — die Konfessionen selbst haben es getadelt und ihn ungeschickt geheißen — versucht er jetzt die Erbitterung der Portugiesen auszunutzen, indem er in einigen Zeitungen die Behauptung verbreiten läßt, daß das portugiesische Volk gegen Spanien feindselig gesinnt sei.

Dieser Betrug kann ihm nichts nützen. Die große Mehrheit der Portugiesen greift nicht die Spanier an, sondern nur die spanische Regierung wegen ihres Benehmens bei dem Putsch. Und das mit vollem Recht. Aus demselben Grunde wird sie nicht nur von spanischen Sozialisten und Republikanern angegriffen, sondern auch von allen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Reaktionisten.

Die sozialistisch-republikanische Koalition hat das Benehmen der Regierung bei verschiedenen Gelegenheiten verurteilt, und noch ganz vor kurzem zeigte sie einem Minister die Gründe ihres Protestes auf.

Die sozialistisch-republikanische Minderheit des Madrider Magistrats hat eine Protestnote an den Vertreter Portugals in Madrid geschickt, und die gleiche politische Gruppe des Parlamentes der Provinz hat sich ihr angeschlossen.

Die portugiesische Republik kann ganz sicher sein, daß die große Mehrheit des spanischen Volkes auf ihrer Seite und gegen die spanische Regierung ist.

Regierungen wie die des Ministerpräsidenten Canalejas, die in internationalen Angelegenheiten so perfide handeln, gereichen keinem Lande zur Ehre.

## Der Krieg.

### Die türkische Krise.

Genosse Parvus schreibt uns aus Konstantinopel:

Das „Komitee“ ist gestürzt. Damit ist aber noch keineswegs das Jungtürkentum gestürzt worden. Durchaus nicht! Weder als geistige Richtung, noch als soziales Element, noch selbst als politische Organisation ist das Jungtürkentum beseitigt worden, es wird vielmehr in der Geschichte dieses Landes noch eine große Rolle spielen. Beseitigt ist bloß die Oligarchie, die aus einigen Personen innerhalb der Regierung und einiger neben der Regierung sich zusammensetzte, und sie ist beseitigt worden, weil sie auf alttürkische Art regieren wollte und tatsächlich regiert hatte.

Der Sturz dieser Leute ist vollständig. Obwohl sie zu Kompromissen bereit waren, war doch die Gegenbewegung so stark, daß sie auch nicht das geringste Zugeständnis machen wollten. Kein einziger Plaz im Ministerium! Mehr noch — es ist das nicht bloß ein Kabinettswechsel, es ist ein Regierungswechsel auf amerikanische Art: denn schon wurden eine Reihe höherer Beamten aus dem Ressort des Ministeriums des Innern entfernt, um durch Offiziere ersetzt zu werden, und andere, auch aus anderen Verwaltungszweigen, werden ihnen vermutlich nachfolgen. So schwer es dem „Komitee“ war, die früheren Beamten durch eigene Leute zu ersetzen, denn es befah nicht genug Menschenmaterial, so leicht kann jetzt dieses, vorzüglich von Talaat Bey geschaffene Werk zusammenbrechen. Denn das „Komitee“ kam nach und nach dazu, da ihm die Anhänger fehlten, um wichtige Beamtenposten zu besetzen, durch Vergebung von Beamtenposten sich Anhänger zu schaffen.

Das „Komitee“ hielt sich ja erst von der Regierungsgewalt zurück. Aber das ging auf die Dauer nicht. Es war das eiserne Maß der Revolution, das sie zwang, ein Ministerium der Jungen zu bilden. Einmal soweit gelangt, besorgte die opportunistische Taktik, die sie von Anfang an anwandten, den Rest. Denn es liegt im Wesen des Opportunismus, daß er sich dem Bestehenden bis zur äußersten Möglichkeit anpaßt. Darin liegt seine Stärke und auch seine Schwäche. Denn, wenn es auch eine Kinderei wäre, die politischen Potenzen, die in der Regierungsgewalt stecken, zu ignorieren, so ist es andererseits eine Narrheit, die großen Volksfaktoren einer Revolution gegenüber der Regierungsgewalt zurücktreten zu lassen.

Man muß es den Komiteeleuten lassen: sie haben die Regierungsgewalt bis zum letzten Tropfen ausgenutzt. Sie haben sich auf alles gestützt, worauf man sich überhaupt hat stützen können, — darum haben sie denn auch schließlich alles verloren. Da waren vor allem zwei Faktoren, mit denen man zu rechnen hatte: die Hochfinanz und die Diplomatie. Die neue Regierung suchte, sich beiden zu akkomodieren. Aber da war auch die Steuerfrage, der blutige Beibehalt, dessen Abschaffung man dem Bauerntum versprochen hatte, — diese Sache durfte nunmehr nicht angetastet werden, denn die Hochfinanz duldet es nicht. Da waren ein allgemeines Stürmen und Drängen, das die Revolution entfesselte, Meetings, in denen sich ein Freiheitsrausch austobte, Zeitungs-schreiber, die überall sich einmischten und das politische Leben aufwühlten, und dann — die Arbeiterstreiks. Das alles haben sowohl die Hochfinanz wie die Diplomatie nicht gern. Diese Bewegung mußte also eingedämmt werden — darum der Belagerungszustand, die reaktionären Gesetze. Es ist

eine geschichtliche Tatsache, daß die Komiteeleute durch die Hochfinanz und die europäische Diplomatie zur Konterrevolution ermuntert und angetrieben wurden. Das kann nicht nachdrücklich genug betont werden. Das Fiasko des Komitees ist zugleich ein Fiasko der Politik, die das kapitalistische Europa im Orient anzuwenden möchte.

Der letzte Stützpunkt des Komitees war der Sultan. Er verfeindete sich mit den Volksmassen; es verlor seine Popularität unter den fortschrittlichen Elementen und es gelang ihm nicht, die rückwärtigen Elemente zu versöhnen, obwohl es ihnen reichlich Zugeständnisse machte; es verlor seine parlamentarische Mehrheit, und als es mit Gewalt ein gefügiges Parlament zusammentrommelte, büßte das Parlament seine Macht ein; es verlor seinen Ruhm, sein Ansehen, seine Autorität; mußte deshalb schließlich auch seine Anhänger im Offizierskorps verlieren. Was noch schlimmer ist, in der Soldatenmasse selbst garte es. Ich weiß aus guter Quelle, daß man Schwierigkeiten hatte mit den Redits, den türkischen Reservisten, daß die Bauern auf den Dörfern erklärt hatten: „Es ist genug, wir wollen uns nicht mehr abschlagen lassen, wir machen nicht mehr mit.“ Und was war denn der Sultan? Ein verweichlichter, willensschwacher Mensch, der erst vom Komitee auf den Thron gesetzt wurde und stets dessen Gefangener blieb! Dadurch, daß das Komitee, das durch den Sturz des Absolutismus seinen Triumph einleitete, sich schließlich auf den Willen des Sultans gegenüber dem Willen der Gesamtbevölkerung stützte, führte es seine eigene Taktik ad absurdum, zu deutsch: geriet ins Alberne. Als der Sultan Schwierigkeiten machte, stellte man die Frage seiner Abdankung — und er fügte sich.

Die Offiziersrevolte siegte auf der ganzen Linie. Die verhafteten Offiziere werden freigelassen; Offiziere, die mindestens mit den Aufständischen sympathisiert hatten, kommen an leitende Beamtenstellen. Das war aber eine Bewegung aus der Mitte des Jungtürkentums selbst, zum Teil dieselben Leute, die die Revolution gemacht hatten.

Das neue Ministerium setzt sich aus Staatsmännern zusammen, die dem alten Regime angehörten. Es beginnt aber seine Tätigkeit damit, daß es den Belagerungszustand aufhebt und größere politische Freiheit verheißt, d. h., es beginnt mit einer jungtürkischen Politik. Es kann nicht anders, denn sonst würde es sich keinen Augenblick halten können. Und das beweist, daß, trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse, der Parlamentarismus in der Türkei Boden gefaßt hat.

Der Umsturz ist in der Bevölkerung mit großer Begeisterung aufgenommen worden. Es war, wie wenn man von einem Alp befreit wäre, man sah überall freudige Gesichter, in den Couloirs des Parlaments, in den Cafés, auf den Bosphorusdämmern, überall, es war ein Volkstriumph, beinahe wie nach dem Sturz Abdul Hamids.

### Änderungen im Ministerium.

Konstantinopel, 28. Juli. Der ehemalige Großvezir Ferid ist zum Präsidenten des Senats ernannt worden. Der Finanzminister Zia Pascha hat das Ministerium des Innern übernommen. An seine Stelle im Finanzministerium ist das Mitglied der Finanzreformkommission Abdurrahman getreten.

### Die Vorgänge in der Kammer.

Konstantinopel, 28. Juli. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer verlas der Präsident eine Anzahl von Telegrammen der Bürgermeister und Notabeln von Adrianopel, Koniah, Brussa, Debeogahsch und Adalia. Die Telegramme wendeten sich lebhaft gegen die Umtriebe der der Liga angehörenden Offiziere, besonders gegen ihre Forderung nach Auflösung der Kammer, welche ein Eingriff in die Verfassung und in die Rechte des Sultans sei. Die Adrianopeler erklärten in ihren Telegrammen, sie seien bereit, diese Leute zu vernichten. In einer Depesche heißt es, wenn die Offiziere wahrhaft Retter seien, müßten sie an die Grenze von Tripolis gehen. Alle diese Kundgebungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Vier Majore überreichten dem Kammerpräsidenten ein Manifest unterzeichnet: Militärkomitee zur Verteidigung der Verfassung. In dem Schriftstück erklärt das Komitee sich bereit, die Kammer gegen jeden Angriff zu verteidigen. Die Mitglieder des Wahlkollegiums von Trapezunt haben an die Regierung ein Telegramm gerichtet, sie würden niemals die Auflösung der Kammer zugeben. Das jungtürkische Komitee veranlaßt bei seinen Klubs und Parteigenossen in gleichem Sinne gedolte Kundgebungen.

### Aufhebung der Depeschensur.

Konstantinopel, 28. Juli. Die militärische und zivile Depeschensur wurde aufgehoben.

### Der Aufstand in Albanien.

Konstantinopel, 28. Juli. Wie die Blätter melden, versammelten sich gestern in der Ebene von Koffobo 80 000 Albaner, die an die Regierung ihre bekannten Forderungen richteten.

Die albanische Mission, deren Führer Ibrahim Pascha, der ehemalige Wali und Kommandant von Tripolis, ist außer Aziz Pascha, der angeblich krank ist, in Pristina eingetroffen. Sie wurde auf allen Stationen begeistert begrüßt. Das Lager der Albanen erstreckt sich bis drei Kilometer vor Pristina.

Saloniki, 28. Juli. Matifforen haben in der Gegend von Stui Urel zwei Bataillone angegriffen, die zwei Geschütze mitführten. Der Kampf war heftig; auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Die Matifforen besetzten die Ufer des Watt und marschieren gegen Struja, von wo dringend Verstärkungen gefordert werden.

### Ein Bombardement im Roten Meere.

Nassau, 28. Juli. (Meldung der Agenzia Stefani.) Gestern bombardierten zwei italienische Kriegsschiffe das feindliche Lager und die um dasselbe liegenden befestigten Schanzen nördlich von Hodeida. Die am nördlichsten gelegene Schanze wurde zerstört. Die mittlere Schanze wurde in Brand geschossen und die dort lagernden Munitionsvorräte explodierten. Das feindliche Lager wurde mit gutgezielten Schüssen aus einer Entfernung von bis zu 8000 Metern aufs wirksamste beschossen, und ein Schuß verursachte sogar die Explosion eines anderen Pulverlagers, das in dieser großen Entfernung gelegen war. In der Stadt selbst und in den Petroleumlagern wurde kein Schaden angerichtet.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Juli 1912.

### Die Reichseinnahmen.

Die Steinnahme an Zöllen, Steuern und Gebühren im ersten Viertel des laufenden Rechnungsjahres hat 383 Millionen Mark betragen. Im Etat für 1912 war diese Einnahme für das ganze Jahr zuerst auf 1561,7 Mill. M. geschätzt. Durch den Ergänzungsetat wurde der Betrag um

rund 52,3 Mill. M. gesteigert, so daß im Etat des laufenden Jahres aus dieser Einnahmequelle rund 1614 Mill. M. für ein Vierteljahr im Durchschnitt also 403,5 Mill. M. erwartet werden. Die Steinnahme ist also um rund 20 Millionen Mark hinter dem Voranschlag zurückgeblieben.

Hinter dem Voranschlag sind die Zölle mit 13,1 Mill. M. zurückgeblieben. Die Tabaksteuer mit 0,8, die Zucksteuer mit 1,1, die Branntweinverbrauchsabgabe mit 2,1, die Brausteuer mit 0,8, die Rooststeuer mit 2,4, die Personensfahrkartensteuer mit 0,6, der Grundstücksübertragungsstempel mit 0,8, die Zuwachssteuer mit 1,0, die Erbschaftsteuer mit 1,5 Millionen Mark. Dagegen haben Mehrerträge abgeworfen die Zigarettensteuer mit 1,1, die Leuchtstoffsteuer mit 0,3, die Zündwarensteuer mit 0,9, der Wechselstempel mit 0,4, die Börsensteuer mit 0,5, die Kraftfahrzeugsteuer mit 0,4, die Lantiensteuer mit 1,0 Mill. M.

### Bischofskonferenz und Zentrumsstreit.

Ueber die am 7. August in Fulda stattfindende Bischofskonferenz hatte die „Adnische Zeitung“ auf Grund von Informationen geschrieben, daß dort der Herilale Gewerkschaftsstreit zur Beratung gelangen und dabei die Berlin-Trierer-Richtung einen „moral-theologischen“ Sieg erringen werde, daß aber die „moral-theologische“ Ablehnung des M.-Gladbacher Gewerkschaftsprinzips mit dem Ausdruck praktischer Duldung und Anerkennung der christlichen Gewerkschaften verbunden sein werde. Der zu erwartende Sieg der „Berliner“ werde in Wirklichkeit ein Pyrrhusieg sein.

Die antibademitische „Adnische Korrespondenz“ läßt in ihrer Nr. 36 vom 29. Juli durchblicken, daß die „Adnische Zeitung“ gut unterrichtet sei. Auch der Streit über den Zentrumscharakter soll in Fulda auf der Bischofskonferenz verhandelt werden; diesem Streit werde in hohen und höchsten kirchlichen Kreisen sogar mehr Gewicht beigelegt als dem Gewerkschaftsstreit. Man wisse in diesen wie auch in leitenden Zentrumskreisen, daß der Streit zwischen der Kölner Richtung und der Osterkonferenz eine Gefahr für die Partei ist, und zwar eine wachsende Gefahr, ferner, daß der Fortbestand und die Stärke des Zentrums für die Kirche von noch viel größerer Bedeutung ist wie die Frage, „ob christliche Gewerkschaften oder katholische Hochabteilungen“.

Die Hauptschwierigkeit, so fährt die „Adn. Korrespondenz“ fort, liege nicht auf dem prinzipiellen Gebiet (Papst und Mehrheit der deutschen Bischöfe ständen auf Seiten der Trierer-Berliner), sondern sei die: „Wie kann man den M.-Gladbachern taktisch beikommen, ohne daß ein Eklat entsteht? Man hat es nämlich mit Elementen zu tun, die auch den kirchlichen Autoritäten die Zähne zeigen und in der Lage sind, den Bischöfen zuzurufen: Bis hierher und nicht weiter! — Da gilt es, dem Feinde goldene Brücken bauen, über die er sich langsam und scheinbar in allen Ehren zurückziehen kann. Die Bischöfe werden sagen, was Koeren sagt, und Herr Wagem wird sagen, was habe er immer gesagt.“

Zu dem bevorstehenden Katholikentag in Aachen veröffentlicht die „Adnische Korrespondenz“ eine Zuschrift, die fordert, daß der Katholikentag sich mit dem Zentrumsstreit befassen solle; denn gerade die „Generalversammlung der Katholiken Deutschlands“ sei der berufenste Ort, diese Frage aller Fragen im katholischen Deutschland“ zu erörtern; der Streit drehe sich doch gerade darum, „ob die Weltanschauungsorganisationen der deutschen Katholiken im Einklang mit der katholischen Weltanschauung bleiben müssen“.

Die „Adn. Korresp.“ bezweifelt, daß der Katholikentag auf diese Anregung eingehen werde, denn: „Zu solchen Erörterungen sind die Katholikentage gar nicht da; sie sind keine Wahlsanktionen, sondern Begeisterungsanstalten; es gilt die katholischen Massen für die katholische Sache und damit fürs Zentrum zu begeistern. Das ist der Zweck der Katholikentage...“

### Die Taktik des preussischen Wahlrechtskampfes.

Genosse Eisner hat bekanntlich vor einigen Wochen den Vorschlag gemacht, unter den bürgerlichen Kreisen des preussischen Abgeordnetenhauses dadurch Verwirrung und Zwietsch zu stiften, eine scharfe Scheidung zwischen Rechts und Links herbeizuführen und damit einer gründlicheren Wahlreform vorzuarbeiten, daß die Sozialdemokratie überall (von den Wahlkreisen, in denen sie selbst ein Mandat erringen zu können hofft, abgesehen) schon bei den Urwahlen für die Liberalen eintrete. Nicht nur für die Fortschrittler, sondern auch für die Nationalliberalen.

Wie unseren Lesern bekannt, hatte Genosse Landtagsabgeordneter Hirsch diesem phantastischen Vorschlag unter Verbringung des Beweismaterials entgegengehalten, daß erstens dank der Schönheiten des Dreiklassenwahlsystems und der Wahlkreisgeometrie die dem Liberalismus zugehörte Unterstützung durch die Sozialdemokratie bei weitem nicht den Einfluß auf das Wahlergebnis haben könne, wie Eisner aus Geratewohl hin anzunehmen beliebte, und daß zweitens die preussischen Nationalliberalen so bössartige Reaktionen seien, daß sich die Sozialdemokratie durch ihre Unterstützung selbst die Rute schneide, durch die sie dann gegügigt werde. Der einzige Effekt der Vermehrung des nationalliberalen Einflusses für die Wahlreform selbst könne nur der sein, daß womöglich durch die Befestigung der Drittelung nach Urwahlbezirken, wie sie die Nationalliberalen so heiß ersehnten, die Sozialdemokratie auch noch um die paar Mandate gebracht werde, die sie zurzeit zu erobern vermöge.

Darauf antwortet nun Eisner in einem langen Artikel in der Chemnitzer „Volkstimme“, dessen weitaus größter Teil freilich persönliche Reminiszgenzen und allgemeine Betrachtungen einnehmen, die für die Sache selbst völlig belanglos sind. Aber auch das, was Eisner zum strittigen Thema selbst vorbringt, ist leider so allgemein und nichtsagend wie nur möglich. So, wenn er sagt:

„Hirsch bestritt, dann die Möglichkeit, die Mehrheitsverhältnisse zu sprengen. Darüber könnten wir sehr lange diskutieren, und sehr erfolglos, weil jede rechnerische Grundlage, angesichts der vollständig neuen Wahlsituation, fehlt. Die geschichtliche Erfahrung und die heutige soziale Struktur Preußens spricht für meine Auffassung. Den Beweis kann nur die Probe führen.“

Das ist alles total unrichtig. Denn Hirsch hat gerade statistisch nachgewiesen, daß Eisners Spekulationen auf die stärkere Wahlbeteiligung auf unrichtigen Annahmen beruhen! Auch ist es wirklich eine etwas naive Zumutung, auf die phantastischen Annahmen hin der Partei eine „Probe“ zu empfehlen, während doch bei einigem Siggelisch wenigstens leidlich zuverlässige Anhaltspunkte zu gewinnen wären. Wessigen wir doch in der detaillierten amtlichen Reichstags- und Landtagswahlstatistik die Unterlagen für eine vergleichende Uebersicht, die noch durch eine weitere Enquete in den nicht allzu zahlreichen Wahlkreisen, die noch der ersten schichtenden Auslese schließlich nur noch in Frage kommen würden, ergänzt werden könnten. Aber wir geben gern zu, daß es bequemer ist, in den Tag hinein zu reden und die abenteuerlichsten Projekte anzuhängen, als erst einmal ein wenig die Statistik zu Rate

zu ziehen. Man sollte aber doch meinen, daß die Initiatoren einer ganz neuen Wahlreform sich mindestens auch der Mühe unterziehen würden, für ihre fundamentalsten Voraussetzungen wenigstens auch die Weise bezuziehen.

Und was entgegnet Eisner (Der die allgemeine Kennzeichnung des ergreaktionären Charakters der Nationalliberalen zu entkräften auch nicht einmal den Versuch macht) aus Hirsch's Bemerkung, daß eine Verstärkung der Nationalliberalen um höchstens die Drittelung nach Urwahlbezirken kosten könne? Daß ihm diese Wahlrechtsverschlechterungsgefühle der Nationalliberalen wohl bekannt seien, daß doch aber auch vom Freisinn die Kreisdriftelung seinerzeit empfohlen worden sei. Ja: seinerzeit! Inzwischen, und schon im Jahre 1910, während der Beratung der Wahlrechtsvorlage, ist aber dem Freisinn von der Sozialdemokratie hinlänglich zum Bewußtsein gebracht worden, daß er sich nun und nimmermehr, um Schönheitsfehler des Geldsaftwahlrechts zu beseitigen, gegen Widerlungen dieses Geldsaftwahlrechts wenden dürfe, wie sie die Drittelung nach Urwahlbezirken darstellt. Und so irrig und unsichhaltig, wie diese Bemerkung Eisners, sind alle seine Argumente.

Wenn wir diesmal sofort auf Eisners Artikel antworten, so geschieht es nicht der Bedeutung der Eisnerschen Ausführungen wegen, sondern um gewisse (nichtpreussische) Parteiblätter darauf aufmerksam zu machen, daß doch immerhin eine gewisse Kenntnis des preussischen Wahlrechts und der preussischen Parteien dazu gehört, um grundstürzende wahlrechtliche Neuerungen für den preussischen Wahlkampf und Wahlrechtskampf zu empfehlen!

### Hobrecht's Nachfolger.

Wie der Königsberger Allgemeinen Zeitung aus Dirschau mitgeteilt wird, haben gestern die liberalen und konservativen Parteien sich dahin geeinigt, den nationalliberalen Rechtsanwalt Rengel-Dirschau als Kandidaten für die durch den Tod des früheren Abgeordneten Erzengel's Hobrecht notwendig gewordenen Landtagsersatzwahl im Wahlkreis Danzig 4 (Veren-Stargard-Dirschau) aufzustellen.

Auch die Wahl Hobrecht's ist seinerzeit durch ein liberal-konservatives Kompromiß zustande gekommen, indem der Wahlkreis, der zwei Abgeordnete zu wählen hat, unter Nationalliberalen und Freikonservative geteilt wurde.

### Freikonservative Wahlrechtsfreunde.

In der freikonservativen „Post“ wird ein Wahlrechtsvorschlag gemacht, der den Konservativen alle Ehre macht. Man höre:

Genügt der mindestens 28 Jahre alte Deutsche den drei Wahlvoraussetzungen:

1. Wehrpflicht, 2. Pflicht der Familiengründung, 3. Steuerpflicht, so hat er eine Vollstimme. Genügt er nur zwei dieser Voraussetzungen, so steht ihm nur eine kleine Stimme zu. Drei Wähler mit solcher kleinen Stimme ergeben eine Vollstimme. Erfüllt er nur eine Voraussetzung oder gar keine, so ist er überhaupt nicht wahlberechtigt! Das passive Wahlrecht darf nur derjenige ausüben, der 35 Jahre alt ist und eine reine Vollstimme besitzt. Die Wahl müsse öffentlich sein, denn jeder Deutsche muß für seine politische Überzeugung offen eintreten können.

Wer nun glaubt, der konservative Wahlrechtsfreund wolle nach seinem Vorschlage das preussische Wahlrecht umändern, der irrt sich. Der Wahlrechtsvorschlag gilt dem Reichstags-Wahlrecht umändern, der irrt sich. Der Wahlrechtsvorschlag gilt dem Reichstagswahlrecht! An die Stelle des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für den Reichstag will er ein Wahlrecht setzen, das ungleich, nicht allgemein und öffentlich ist, und überdies das Wahlalter sowohl für die Wähler wie für die Wahlbarkeit erhöht. Das nennt sich eine „gerechte“ und eine „nationale“ Wahlreform! Die „Post“ hat an den Vorschlägen selbstverständlich nichts auszusetzen.

### Belgien.

#### Das Attentat gegen den Priester Fleuret.

Man schreibt uns aus Brüssel: Ein französischer Priester, der sich zur Erholung nach Brüssel begab, geht im dortigen königlichen Park, Zeitung lesend, spazieren. Hinter ihm geht ein Mann, der in einem gegebenen Augenblick auf den Priester losläuft und ihm eine 15 Zentimeter lange Messer Klinge in den Rücken stößt. Der Mörder ruft: „Es lebe das Wahlrecht. Es lebe die Revolution!“ und wird bald darauf verhaftet. . . .

Ein übereifriger Reporter drahtet einst etwas ins Ausland von einem politischen Attentat und mit der knappen Nachricht erscheint in einem kirchlichen Brüsseler Blatt bereits die erwartete politische Ausschrotung. Auf einen Priester wird ein Messer gezückt von der Hand eines Mannes, der die Revolution leben läßt! Na, wenn das kein politisches Attentat, keine Folge der sozialistischen und antiklerikalen Propaganda ist! —

Aber leider gehen die Dinge nicht immer, wie man will. Herr Fleuret ist ein Priester, den kein Sozialist in Brüssel kennt und dem niemand Böses wollte. Der Attentäter dagegen ist ein Verurteilter, der aus einer von einer gut katholischen Verwaltung geleiteten Strafkolonie — zu früh wie man sieht — entlassen und seinen entarteten Instinkten überlassen wurde. Obwohl nun seither nachzuweisen ist, daß der Attentäter ein braver Katholik war, der seine religiösen Pflichten erfüllte, dagegen nie etwas mit Sozialismus und Arbeiterpartei zu tun hatte, wird das Attentat gegen den Priester von der kirchlichen Presse, angefangen vom Brüsseler „Patriote“ bis zum letzten kirchlichen Winkblatt — und natürlich von ihren deutschen Gesinnungsgenossen — in der perfidesten und suszeptesten Weise fruktifiziert.

Man treibt die Idiotie so weit, die Führer der Linken für das Attentat verantwortlich zu machen — weil ein halb oder ganz irrsinniges und moralisch defektes Individuum, das bereits 10 Jahre in Guyana war, den Ruf: „Es lebe das Wahlrecht!“ ausgerufen hat! — Den Verbrecher wird man jetzt unschädlich machen. Die Verleumdungsidioten und geistigen Giftmischer arbeiten unbehindert weiter.

Der Regierungschef hat auf seine Weise dem Attentat eine politische Pointe gegeben. Herr v. Broqueville hat den schwerverletzten Priester ins Spital besucht. Dagegen wäre an sich gewiß nichts einzuwenden, wenn man nicht Beweise hätte, daß der Ministerpräsident auch hierin Parteimann ist. Während der Wahlzeit gab es zwei Todesopfer kirchlicher Heyn und ein Attentat gegen einen liberalen Deputierten, aber Herr v. Broqueville kümmerte sich weder um Verwundete noch Tote, wenn sie auch gewissermaßen Opfer des kirchlichen Fanatismus sind. Dagegen ist nun zu erwarten, daß der Spitalbesuch des kirchlichen Chefs im Verein mit der perfiden Hebe in der katholischen Presse ihre Wirkung auf die Armeeleuten im Geiste nicht verfehlen wird.

### Klerikale Gemeinheiten und diplomatische Feinheiten.

Unser Brüsseler Korrespondent schreibt uns:

Während der Wahlzeit erschien in einem kirchlichen Blatt, dessen Geld- und Herausgeber der kirchliche Deputierte und Vicomte de Jonghe d'Ordoys ist, ein Bild, das zeigte, wie die Kinder der offiziellen Schulen zu Apachen, Mördern und Schweinen heranwachsen. . . . Als die Stadt Brüssel gegen das keine Wacht einen Prozeß auf Schadenersatz von 100 000 Fr. aufrengte, lancierte die kirchliche Presse die Version, die Tendenz des Bildes zielt nicht auf die „gottlose“ offizielle Schule Belgiens, sondern auf die weltliche Schule Frankreichs. . . . Herr von Kobulowsky, der französische Minister in Brüssel, schaltete dieser Version Glauben, was ihm niemand verbieten kann. Als am Nationalfeiertag, am 14. Juli, der Präsident der französischen Handelskammer in Brüssel, Herr Roland, vor Herrn von Kobulowsky erschien, um in seiner offiziellen Eigenschaft seine Rede zu halten, kam er auch auf die kirchliche Beschimpfung der französischen Schule zu sprechen und verteidigte sein Land gegen die Schmähungen der Klerikalen. Der französische Minister erwiderte und hatte die Kühnheit, die Abwehr des Präsidenten der französischen Handelskammer gutzuheißen. Die belgischen kirchlichen Blätter sind nun außer sich über diese „diplomatische Taktlosigkeit“ des französischen Ministers.

Der französische diplomatische Vertreter in Brüssel hat sich nach ihnen in die „innere Politik Belgiens“ gemischt, weil er der Beschimpfung, aus den französischen Schulen gehen Mörder, Apachen und Satyrn hervor, entgegengetreten sei. Ein richtiger Diplomat hat dergleichen Dinge überhaupt nicht zu sehen und zu hören, wenn er eben den erforderlichen „Takt“ besitzt, den ein diplomatisches Amt erheischt. Herr von Kobulowsky wird aber jetzt sehr arg mitgenommen von den kirchlichen Blättern, davon einige als Säbne sogar die Abberufung des „Taktlosen“ fordern. Die Politik bringt zuweilen seltsame Mischungen zustande. Zu diesem Fall zeigt sie die belgischen Klerikalen, die jeden Gegner als Bonnot und Garnier ansprechen, die die weltliche Schule als Institut zur Züchtung von Vandalen, Mördern und Satyrn darstellen, als Verfechter diplomatischen Tactes und politischen Feingefühls. Arme Diplomatie!

### Marokko.

#### Er mordung eines Deutschen bei Marrakesch?

Tanger, 29. Juli. Meldungen aus Marrakesch zufolge ist die Lage in der Stadt ruhig. Es gelang die Ordnung wiederherzustellen, so daß einreisen für die Sicherheit der Europäer keine Gefahr besteht. Bei der andauernd kritischen Situation um Marrakesch kann sich aber das Bild der Stadt schon morgen ändern.

Wie es heißt, ist in der Umgebung von Marrakesch ein Deutscher namens Wolfgang Opitz, der ein Angestellter der Gebrüder Wannekemann sein soll, unter bisher noch unbekannt Umständen verschwunden, die jedoch darauf hindeuten, daß er einem Verbrechen teilhaftig geworden ist. Seitdem der Angehörige zum Opfer gefallen ist, Sonntagabend nachmittags hatte er die Unvorsichtigkeit begangen, die Stadt ohne jede Begleitung zu verlassen. Er wollte einen Ritt mit einem Maulesel in die Umgegend von Marrakesch unternehmen und gegen Abend nach dort zurückkehren. Seitdem ist er verschwunden. Alle Bemühungen, ihn aufzufinden, sind bis jetzt ergebnislos geblieben. Man glaubt, daß er unterwegs von marokkanischen Strahnenäubern überfallen und ermordet worden ist, die es auf seinen Maulesel und seine Wertgegenstände abgesehen hatten.

### Aus der Partei.

#### Aus den Organisationen.

In Ladeburg fand am Sonntag die Kreisgeneralversammlung des Zentralwahlvereins von Ober-Barnim statt. Anwesend waren aus 9 Orten 29 Delegierte, darunter eine Genossin sowie 5 Vertreter des Zentralverbandes und Genosse Wels als Provinzsekretär. Aus dem Bericht des Vorstehenden, Genossen Gräbert, entnehmen wir, daß sich auch in Ober-Barnim das Parteileben im Berichtsjahr in aufsteigender Linie bewegt habe, was in erster Linie den Anstrengungen bei der Reichstagswahl zu verdanken ist. Nichtsdestoweniger seien die Resultate als unzulänglich zu bezeichnen, da die numerische Stärkung des Wahlvereins nur 80 Mitglieder betrage, er hat jetzt 1048 (968) Mitglieder, darunter 132 (127) weibliche. Wöllig unzulänglich sei das Lesen der Parteipresse im Kreise. In mehreren Orten haben wir bei den Gemeindevahlen Fortschritte zu verzeichnen und haben jetzt 9 (4) Stadtverordnete und 10 (4) Gemeindevorsteher, darunter ist in Heegermühle die ganze dritte Klasse in unserem Besitz. Erweitert wird die Teilnahme häufig dadurch, daß die geeigneten Kräfte fehlen, die als Vertreter fungieren können.

Das Bildungswesen liegt im Kreise noch arg danieder und sind erst in neuerer Zeit Ansätze zu einer Besserung auf diesem Gebiet vorhanden. Bibliotheken bestehen in Eberswalde, Strausberg, Briesen, Freienwalde und Heegermühle, es wurden insgesamt 900 Bücher verlesen. Die im Kreise errichteten Rechtsauskunftstellen sind in stärkerer Weise in Anspruch genommen, wie im Vorjahre. Es ist aber zu bemerken gewesen, daß die Landarbeiter, augenscheinlich infolge des Terrorismus der Gutsherren, eine Scheu vor der Aufsuchung unserer Auskunftstellen an den Tag legten. Die Meißner hat sich kaum gegen das Vorjahr gebessert; die Zahl der den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiernden Genossen betrug nur 687. Dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß die Einnahmen und Ausgaben 2831,59 M. betragen, bei einem verbleibenden Kassenbestand von 281,77 M. — Die Diskussion über den Vorstandsbericht bewegte sich mehr im Rahmen von Ortsberichten über die örtlichen Situationen bei Gemeindevahlen, als einer Kritik an der Vorstandstätigkeit und ist deswegen nicht von allgemeinem Interesse. Erwähnt sei daraus nur, daß die Wirte in den Städten mehr und mehr dazu übergehen, um ihre Lokale freizugeben, während die auf dem platten Lande immer noch mit Ausreden kommen, die die Furcht vor der Ingnade des Landrats verraten. In Strausberg wollten die Genossen eine Rechtsauskunftstelle errichten, weil ein dringendes Bedürfnis dazu vorhanden ist, doch scheiterte der Plan an der ablehnenden Haltung der dortigen Gewerkschaften, voran der Schuhmachervereinigung. Wegen der hohen Kosten mußte davon Abstand genommen werden. — Die Renouveau des Vorstehenden ergab die einstimmige Wiederwahl des Genossen Gräbert. — Nach einer regen Diskussion wurde die Erhöhung der Wahlvereinsbeiträge auf 40 Pf. pro Monat beschlossen. Ein Antrag, den Wochenbeitrag von 10 Pf. einzuführen, wurde abgelehnt. Die Vertretung des Kreises auf dem Parteitag in Chemnitz wurde, um Kosten zu sparen, dem Kandidaten Genossen Brunß übertragen, da dieser als Angestellter der Vorwärts-Buchhandlung an und für sich dort sein muß.

Der Parteiverein Stettin gibt soeben seinen gedruckten Jahresbericht heraus. Nach diesem umfasste der Verein am 1. Juli d. J. 2704 Mitglieder, davon 2234 Genossen und 470 Genossinnen. Gegen das Vorjahr hat der Mitgliederbestand eine Zunahme von insgesamt 487 erfahren, an der 332 Genossen und 155 Genossinnen beteiligt sind. Die letzteren wurden fast sämtlich durch den letzten Frauenitag gewonnen, wurden doch anlässlich dieser Demonstration 157 neue Mitglieder aufgenommen, wovon über 100 Frauen waren. Der Kassenbericht läßt ebenfalls das erfreuliche Wachstum des Vereins erkennen, denn das Vermögen des Vereins stieg von 2399,84 Mark auf 5549,94 M., trotzdem gerade die diesjährige Reichstagswahl größere Ausgaben erforderte. 4318,62 M. kostete sie. Außerdem erforderte die reguläre Propaganda und Aufklärungsarbeit 1257,98 M. Während des Wahlkampfes wurden 304 000 Flug-

blätter, darunter 25 000 illustrierte, verbreitet, 67 100 Zirkulare und 85 000 Benachrichtigungsarten informiert die Wähler über ihre Eintragung in die Wählerliste und sonstiges Wissenswertes. Der Bericht muß leider beklagen, daß eine planmäßige Bildungsarbeit, durch einheitliche und systematisch zusammenhängende Vorträge in den allmonatlich stattfindenden Bezirksversammlungen sich nicht durchführen ließ, weil die rednerisch befähigten Genossen den vorbereiteten Referententexten meist fern blieben. Ferner muß der Bericht beklagen, daß ein großer Teil der Gewerkschaften die Angabe der Adressen ihrer Mitglieder verweigerte, als unter letzteren eine Hausagitation für die politische Agitation betrieben werden sollte. Da die Parteiarbeiten nebenamtlich nicht mehr mit wünschenswerter Sorgfalt ausgeführt werden können, wurde Genosse Lemenhofs-Hehne zum Sekretär des Vereins gewählt und angestellt, der sein Amt am 1. August d. J. antreten wird.

Der Reichstagswahlkreis Rülheim-Bippesfürth-Gummerbach hielt am Sonntag seine Kreisversammlung ab. Aus dem Berichte des Parteisekretärs Riß ging hervor, daß die Bewegung auch auf diesem schwierigen Boden in verflorenen Geschäftsjahre tüchtig vorwärts gekommen ist. Die Gesamteinnahmen betragen 24 892,70 Mark, die Gesamtausgaben 24 501,70 M. Der Kassenbestand beträgt 390,94 M. Der Wahlfonds wies am 1. Juli 1912 einen Bestand von 307,62 M. auf. Die Einnahmen sind im Verhältnis der Mitgliederzahl gestiegen, die sich in erfreulicher Weise erhöht hat. Die Organisation hatte am 1. Juli 1911 2424 männliche und 215 weibliche Mitglieder. Diese Zahlen waren bis zum 1. Juli 1912 gestiegen auf 3078 bei den männlichen, auf 250 bei den weiblichen Mitgliedern. Es hatten somit eine Zunahme zu verzeichnen um 649 die männlichen und um 35 die weiblichen Mitglieder. Die Agitation war außerordentlich lebhaft. Es wurden 173 Mitgliederversammlungen und 45 öffentliche Versammlungen abgehalten. Auch wurden 8 verschiedene Flugblätter in einer Gesamtauflage von 155 000 und 6 verschiedene Broschüren in einer Gesamtauflage von 68 000 unter die Massen geworfen. Man war gezwungen, die Agitation in manchen Gegenden zu einem großen Teile durch Flugblätter zu betreiben, weil es uns durch die hinterhältige Kampfweise der Gegner in vielen Ortschaften unmöglich gemacht ist, Sätze zu Versammlungen zu bekommen. Ganz besonders tut sich in dieser Hinsicht die Zentrumspartei hervor, die in vielen Orten mit den verwerflichsten Mitteln, mit Postkott und Gewissensdruck arbeitet, um die Wirte davon abzuhalten, ihre Lokale für eine sozialdemokratische Versammlung zur Verfügung zu stellen. Trotzdem ist festzustellen, daß wir in einer Reihe von Orten recht erhebliche Fortschritte machten.

Das gleiche wurde konstatiert in dem Bericht über die Reichstagswahlen. Wegen der Nachwahl im Jahre 1907 ist die Stimmzahl um rund 3000 gestiegen. Daß wir trotzdem nicht in die Stichwahl kamen, lag daran, daß die Fortschrittlichen einen Kandidaten aufgestellt hatten, der in den ländlichen Kreisen und besonders im Kreise Gummerbach sehr beliebt war.

Betreffs des deutschen Parteitagess sprach sich der Parteisekretär für Einsetzung des Parteiausshusses aus. Die gegen diese Institution ins Feld geführten Bedenken konnten nicht als stichhaltig angesehen werden. Bei diesem Punkte der Tagesordnung lagen zwei Resolutionen vor, die sich gegen die Sonderkonferenzen wandten. Sie lauten: „Die Kreisversammlung beurteilt auf das schärfste die sogenannten Sonderkonferenzen und wünscht, daß es den Delegierten verboten wird, solche Konferenzen abzuhalten.“

Die Kreisversammlung protestiert gegen das parteischädigende Treiben der Sonderkonferenzen, von denen unlängst noch eine in Eisenach abgehalten worden ist. Die Kreisversammlung beschließt, beim deutschen Parteitage zu beantragen, Schritte zu unternehmen, daß derartige Konferenzen in Zukunft unterbleiben.“ Beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Als Reichstagskandidat wurde wieder Genosse Riß gewählt. Mit erdrückender Mehrheit wurde eine Resolution abgelehnt, die den Parteitag beauftragte, bei dem nächsten internationalen Kongress den Antrag zu stellen, die Meißner auf den dem 1. Mai folgenden Sonntag zu verlegen. Der Antrag hatte aus der Mitte der Konferenz scharfe Verurteilung erfahren.

#### Eine Kreisgeneralversammlung des Wahlvereins Randow-Grödenhagen

nahm am Sonntag den Geschäftsbericht des Vereins entgegen. Diesem zufolge ist die Mitgliederzahl von 4036 auf 4443 gemachsen, worunter sich 869 Genossinnen befinden. Die Reichstagswahl bedingte eine enorme Arbeit. 818 000 Flugblätter wurden neben 132 000 Agitationskalendern und Broschüren im Kreise verteilt. Zwecks mündlicher Agitation wurde der Kreis in Bezirke gegliedert und von eigens gebildeten Agitationskommissionen bereit, die in zahlreichen Orten neue Verbindungen anknüpfen, wodurch vielfach erstmalig die Abhaltung einer sozialdemokratischen Versammlung im Orte ermöglicht wurde. 62 Wählerversammlungen, davon 12 unter freiem Himmel tagend, wurden abgehalten und außerdem mußten unsere Redner noch in zahlreichen gegnerischen Versammlungen reden, da sie sonst nicht zu den Wählern sprechen konnten. Der Wahlkampf erforderte einen Kostenaufwand von circa 11 000 M. An Kommunalwahlen war der Verein in 14 Gemeinden beteiligt und gewann 13 Mandate, so daß er zurzeit 35 Gemeindevorsteher und Stadtverordnete aus seiner Mitte stellt. Das Vereinsleben äußerte sich neben der Wahlstätigkeit in 98 öffentlichen, 4 Haupt- und 168 Mitgliederversammlungen. Neben der darin enthaltenen Agitations- und Aufklärungsarbeit wird seit 1. April alle zwei Monate die Agitationschrift „Der Sozialdemokrat“ in je 30 000 Exemplaren verbreitet, die lediglich der prinzipiellen Aufklärung dient. Die Jahresbilanz weist eine Einnahme von 24 464,79 M. und eine Ausgabe von 22 218,52 M. nach. Der Bestand der Hauptkasse betrug danach 2246,27 M., wozu sich noch ein verzinsbar angelegtes Vermögen von 2000 M. gesellt. Die Kreisgeneralversammlung beschloß sich unter anderem mit dem neuen Statutenentwurf. Den Mindestbeitrag von 40 Pf. pro Monat lehnte sie ab. Mit der Einschränkung der Fraktionsvertretung auf dem Parteitag auf ein Drittel der Fraktionsstärke erklärte sie sich einverstanden. Der vorgeschlagene Parteiausshuss wurde abgelehnt, dagegen Verstärkung der Weisheit des Parteivorstandes durch Parteigenossen in politisch hervorragenden Parteiämtern, die in Berlin oder dessen nächster Umgebung ihren dauernden Wohnsitz haben.

#### Kostenliste der Partei.

In Frankfurt a. O. hat Genosse Wilhelm Schulz, der von Jugend auf in den Reihen der Arbeiterbewegung gestanden hat, gehörte er doch schon in den sechziger Jahren dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein und der Tabakarbeiterorganisation an. Vor allem war er in der Zeit des Ausnahmegerichtes tätig, was ihm Verurteilungen und Gefängnisstrafen eintrug. Fast ein Menschenalter hat der Verurteilte die Interessen der Partei- und Gewerkschaftsgenossen in Frankfurt a. O. und im Kreise Frankfurt-Debus wahrgenommen. Die Partei wird sein Andenken in Ehren halten.

#### Das eigene Heim

ihres Parteiblattes haben am Sonntag die Brandenburger Parteigenossen eingeweiht. In einem schmunzigen, hübschen Neubau der St. Annenstraße, in der auch Rathaus und Postgebäude liegen, sind jetzt die gesamten Geschäftsräume des Parteiblattes untergebracht worden, die natürlich allen Anforderungen der Hygiene usw. entsprechen. Eine illustrierte Sonderbeilage der „Brandenburger Zeitung“ gibt ein anschauliches Bild des neuen Gebäudes und seiner Einrichtung.

Personalien. Zum Parteisekretär für den Wahlkreis Sachsen-Altenburg wurde Genosse Schumacher-Altenburg, bisher Berichterstatter an der „Altenburger Volkszeitung“, gewählt. Das Parteisekretariat ist eine Neuschöpfung und tritt am 1. Oktober d. J. ins Leben.

# Gewerkschaftliches.

## Gelbsucht im Werkmeisterverband!

Die größte Organisation technischer Angestellter, der „Deutsche Werkmeister-Verband“, gerät, seitdem der damalige Reichstagsabgeordnete Dr. Potthoff als Syndikus abgesetzt und durch einen Dr. Berner ersetzt wurde, immer mehr in ein reaktionäres Fahrwasser. Schon kürzlich gelangte ein Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrie zur Kenntnis der Öffentlichkeit, aus der hervorging, daß sich die vereinigten Bezirksvereine von Groß-Düsseldorf des Werkmeisterverbandes (Düsseldorf ist nebenbei Sitz des Verbandes) ganz nach Art der Gelben an eine Reihe von Arbeitgebern um finanzielle Unterstützung gewandt hätten. Der Arbeitgeberverband hatte sich nun der Sache angenommen, augenscheinlich die Leitung des Werkmeisterverbandes interpelliert und war dann „auf Grund ausreichenden Materials“ zu der Ueberzeugung gekommen, „daß an dem guten Willen der Leitung des Werkmeister-Verbandes, freundliche Beziehungen zum Arbeitgeber zu pflegen, nicht zu zweifeln“ sei. Er empfahl deshalb seinen Mitgliedern, den Werkmeisterverband in ihre schützende Obhut zu nehmen.

In welcher Weise sich die Werkmeister dankbar und der Scharfmacher-Anerkennung würdig zu zeigen bestreben, geht schon daraus hervor, daß aus Düsseldorf berichtet wird, Mitglieder des Werkmeisterverbandes zeichneten sich in letzter Zeit durch besonders eifrige Werbearbeit für die gelben Werkvereine aus. Ein besonders tolles, für den Charakter der Verbandsleitung bezeichnendes Stücklein übergibt aber jetzt der „Werkmeister“, das Berliner Organ des Verbandes, das zur Leitung und der offiziellen „Werkmeisterzeitung“ in scharfer Opposition steht, der öffentlichen Kritik: Ein Werkmeister, dem die Stellenvermittlung des Verbandes keine Stelle hatte verschaffen können, sah sich schließlich genötigt, als einfacher Arbeiter wieder in die Fabrik zu gehen. Während er dort arbeitete, wurde von oben her eine Ausperrung dekretiert. Der ehemalige Werkmeister sollte die „Vergünstigung“ erhalten, weiter arbeiten zu dürfen. Er verzichtete aber darauf und erklärte sich mit seinen Arbeitskollegen solidarisch. So kam er wieder um sein Brot. Er suchte nunmehr die Stellenlosen-Unterstützung seines Verbandes nach. Aber diese wurde ihm verweigert, weil er ja Gelegenheit gehabt hätte, weiterzuarbeiten.

Diese Verweigerung ist wirklich ein starkes Stück. Erst kann der Verband es nicht verhindern, daß sein Mitglied wieder als Sandlanger auf Arbeit muß, — dann verlangt er von ihm auch noch, daß er seinen Genossen in den Rücken fällt. — Erstaunlich ist ja, daß das Berliner Organ sich kräftig darüber entrüstet, und daß nach seiner Darstellung doch auch außerhalb Berlins jenes Vorgehen der Verbandsleitung große Mißstimmung hervorgerufen habe. Wenn nur den Worten recht bald auch einmal Taten folgten! Ist es nicht möglich, den reaktionären Flügel des Verbandes zu überwinden — und es scheint, als ob dessen Position mit den Jahren eher fester als schwächer gemorden wäre, dann kann es nur eine Parole geben: Heraus aus der Gesellschaft, und je eher, desto besser! Wer da nicht schleunigst das Lichtschneidwerk macht, macht sich mitschuldig an einer Handlungsweise, die dem Verrat von Arbeitnehmerinteressen an das Scharfmachertum aufs Haar gleich steht.

### Berlin und Umgegend.

**Der Kellnerschrei im Ausbänk der Löwenbrauerei, Badstraße, Ecke Hochstraße, dauert unverändert fort.** In bezug auf unsere Sonnabendnotiz über diese Bewegung sendet uns die Direktion der Löwenbrauerei eine Zuschrift, in der es heißt: „Es entspricht nicht den Tatsachen, daß ein Bureauangestellter oder überhaupt einer unserer Angestellten in dem Ausbänk Kellnerdienste verrichtet bzw. verrichtet hat.“ Von Seiten der streikenden Gehilfen wird dagegen mitgeteilt, daß den Arbeitswilligen auch der Durchgang durch die Brauerei ermöglicht wird.

### Die Aussperrung im Dachdeckergerwerbe.

Bis zum gestrigen Tage war die Aussperrung noch nicht in dem Umfange erfolgt, wie es die Unternehmer gedacht und geplant hatten. Es haben sich bis jetzt 31 Firmen an der Aussperrung beteiligt und 328 Arbeiter, darunter etwa 11 christlich organisierte, sind davon betroffen worden. Allerdings befinden sich unter diesen Firmen auch solche, die nur einen Mann beschäftigen und diesen einen Mann ausgesperrt haben.

Am Montag beschloß eine stark besuchte Dachdeckerversammlung, daß am Mittwoch in allen jenen Betrieben, die nicht von der Aussperrung betroffen sind, Werkstättenbesprechungen zu veranstalten sind, woselbst statisches Material gesammelt werden soll.

### Deutsches Reich.

**Der Streik der Brauereiarbeiter in Neubrandenburg l. M.** ist mit Erfolg beendet. Geschlossen legten die Arbeiter der Brauerei Janssen u. Wächter wegen Ablehnung ihrer Forderungen die Arbeit nieder. Mit solcher Einigkeit hatte allerdings die Brauereileitung nicht gerechnet. Nach wenigen Stunden erklärte sie sich schon bereit zu verhandeln, wobei sie allerdings den Bezirksleiter des Verbandes ausgeschaltet wissen wollte. Ohne diesen wollten aber die Arbeiter keine Verhandlung. Es wurden schließlich soweit Zugeständnisse gemacht, daß nach vierstündiger Dauer der Streik aufgehoben werden konnte. Mit Rücksicht darauf, daß der neuverbaute Betrieb erst zum nächsten Jahre aufgenommen werden kann, wurde ein Provisorium getroffen, wobei folgende Verbesserungen erzielt wurden:

Ab 1. Oktober tritt die zehnstündige Arbeitszeit in Kraft. Die Wochenlöhne werden sofort um 1 M., die Entlohnung für Ueberstunden- und Sonntagsarbeiten um 6 Pf. die Stunde erhöht. Die bisher ohne besondere Vergütung zu leistende dreistündige Sonntagsarbeit soll ab 1. November wegfallen resp. besondere Bezahlung dafür erfolgen.

Die Stettiner Seelente sind in eine Lohnbewegung eingetreten in der Erhöhung des Ueberstundenlohnes von 40 auf 50 Pf. und Regelung des Ueberstundenmessens gefordert wird. Außerdem werden Verbesserungen im Ansehenswesen und bei der Beförderung verlangt. Die Forderungen wurden dem Verein der Stettiner Mecker überreicht, von dessen Entgegenkommen es abhängen wird, ob der Friede in Stettins Schiffahrt erhalten bleibt.

### Moabit in Ragnit.

Wie die „Täglich Zeitung“ aus Ragnit meldet, kam es am Sonnabend aus Anlaß eines Streiks bei der Firma Brünig u. Sohn zu einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und Polizeibeamten. Dabei wurde angeblich der Polizeikommissar Loepfer von einem Arbeiter gewürgt. Zwei Gendarmenwachtmeister griffen ein und einer von ihnen erschoß dabei den Arbeiter Gieseler. Der Polizeikommissar Loepfer hat angeblich durch Steinwürfe und Hebe schwere Verletzungen erlitten.

Die Leipziger Passabandwerker haben durch einen kurzen Streik die achteinhalbstündige Arbeitszeit erzwingen, sowie einen Minimal-

lohn von 90 Pf. die Stunde, der sich am 1. Juli 1913 auf 95 Pf. erhöht. Der Minimallohn für Hilfsarbeiter beträgt 70 Pf., vom 1. Juli 1913 ab 75 Pf. Die Errungenschaften sind durch Tarif festgelegt.

### Der Segen der Wohlfahrtsvereinigungen.

Wie die von bürgerlicher Seite so über den Schellenkönig gelobten „Wohlfahrtsvereinigungen“ bei Lohnbewegungen und Streiks den Arbeiter auf Gnade und Ungnade dem Unternehmer ausliefern, beweist ein anlässlich des Streiks der Textilarbeiter der Mechanischen Baumwollspinnerei und -Weberei in Augsburg zutage getretener Fall. Ein Arbeiter, Vater von sieben kleinen Kindern, und seit zweieinhalb Jahren Mitglied des dort bestehenden gelben Werkvereins hatte sich, wie auch zahlreiche andere gelbe Mitglieder, den Streikenden angeschlossen. Dem Manne wurde nicht nur sofort die Wohnung gekündigt — er wohnt in einer der vielen von der Fabrik zur Verfügung gestellten Arbeiterwohnhäuser — sondern der gelbe Konsumverein verweigerte ihm auch den Kredit, obwohl er am letzten Zahlungstage seinen ganzen Lohn dort gelassen, um die angekauften Schulden restlos zu begleichen. Der Mann wurde also, weil er seinen Mitarbeitern nicht in den Rücken fallen wollte, nicht bloß obdachlos gemacht, sondern er sollte auch mit seiner Familie dem Hunger ausgeliefert werden!

So wirken die Arbeiterwohlfahrtsvereinigungen in der Praxis, sie sind Sklaventetten, um den Arbeiter wehrlos und dem Unternehmer für alle Zeiten gefügig zu machen.

Der Streik im genannten Betriebe ist übrigens beendet, nachdem sich demselben auch die in dem gleichen Werke beschäftigten Spinner angeschlossen hatten. Die Direktion sah sich daraufhin veranlaßt, Zugeständnisse zu machen, so daß die Arbeit von den Ausständigen einmütig wieder aufgenommen wurde. Die vor Ausbruch des Streiks nur zu einem kleinen Prozentsatz organisiert gemessenen Arbeiter sind fast ausnahmslos der Organisation beigetreten.

### Lohnbewegung der Erntearbeiter auf der Insel Fehmarn.

Die im vorigen Jahre durch die organisierten Erntearbeiter mit Erfolg durchgeführte Lohnbewegung auf der fruchtbarsten Insel Fehmarn (Schleswig-Holstein) hatte die Gutsbesitzer veranlaßt, sich zu einem landwirtschaftlichen Abwehrverein zusammenzuschließen. Dieser Verein soll nun verhindern, daß bei der diesjährigen Ernte und Dreschlamagne wiederum die erhöhten Löhne gezahlt werden. Den Dreschmaschinenbesitzern wurde ein Vertragsentwurf zugeandt, durch welchen sie sich verpflichten sollen, nur bei denjenigen Landwirten zu dreschen, die sich vor Beginn des Dreschens schriftlich verpflichtet haben, die vom landwirtschaftlichen Verein festgesetzten Bedingungen einzuhalten. Diese schreiben vor, daß kein Arbeiter beschäftigt werden darf, der nicht den vom Verein vorgelegten Vertrag unterschrieben hat. Der Vertrag stellt den früheren Lohn vor und die weitere einkaufende Bestimmung, daß dem Arbeiter kein Anspruch auf verdienten Lohn zusteht, sofern er ohne wichtigen Grund die Arbeit verläßt oder bei Vorliegen eines „wichtigen Grundes“ entlassen wird. Die Dreschmaschinenbesitzer müssen sich außerdem den Landwirten gegenüber vertraglich verpflichten, keinen höheren Lohn zu zahlen, als er von den Landwirten festgesetzt wird. Arbeiter, die „ohne Grund“ die Arbeit bei einer Dreschmaschine verlassen haben, dürfen nirgends eingestellt werden. Um allen Lohnhöhungen vorzubeugen, schreibt der § 2 des zwischen Dreschmaschinenbesitzern und Landwirten abzuschließenden Vertrages vor: „Weder direkt noch indirekt dürfen die Vertragsschließenden eine Erhöhung des Tagelohnes herbeiführen.“ Schließlich ist festgesetzt, daß für jede Vertragsverletzung eine Konventionalstrafe von 100 M. an den Verein für Landwirtschaft und Industrie der Insel Fehmarn gezahlt werden muß. Zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Vertrage ist unter Ausschluss des ordentlichen Gerichtsweges ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Amtsrichters Ahe von Burg a. F. zuständig.

Der Umstand, daß man die Konventionalstrafe so niedrig festsetzt, läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß die Besitzer von Fehmarn zum großen Teil selbst nicht an die Durchführbarkeit ihres Vorgehens glauben. Die organisierten Erntearbeiter auf Fehmarn sind gerüstet und werden den Schlag zu parieren wissen. Dabei rechnen sie bestimmt darauf, daß der Zug von Erntearbeitern aus den übrigen Teilen des Reiches, der sonst regelmäßig Anfang August eingesehen pflegt, nach Möglichkeit ferngehalten wird. Tritt bei der diesjährigen großen Ernte eine Knappheit an Leuten ein, dann sind die Verschlechterungsversuche der Gutsbesitzer und Dreschmaschineninhaber auf lange Zeit abgeschlagen.

### Ausland.

Ein Jubiläum der österreichischen Buchdruckerorganisation. In eigenen Feestschriften wird die 50jährige Organisationsfähigkeit der Buchdrucker und Schriftsetzer Böhmens und die 40jährige ihrer Tiroler Kollegen gefeiert. Der böhmische Verein hat es in diesen 50 Jahren von 276 Mitgliedern auf 3792 gebracht und seine Einnahmen stiegen seit 1876 von 14 575 auf 328 627 Kronen. Fast alle gelehrten Buchdrucker Böhmens sind organisiert. — Die Tiroler Organisation geht in ihren Anfängen gar bis auf 1826 zurück, der Landesverein besteht aber erst seit 1872. 1890 wurde dann der Verband der Vereine der Buchdrucker und Schriftsetzer usw. Oesterreichs gegründet, dessen 15 Mitgliedervereine sich heute über 308 Druckorte der 17 Provinzen (Kronländer) erstrecken. Der älteste der 15 Vereine besteht 89 Jahre, die Einnahmen der Verbandsvereine betragen 1911 23 279 406 Kronen, die Ausgaben 20 725 567 Kronen. Das Vermögen betrug Ende 1911 2 553 898 Kronen. Mit 17 ausländischen Buchdruckerorganisationen steht der Verband im Gegenseitigkeitsverhältnis. Die Gesamtmitgliedszahl — 15 810 — grenzt so nahe an die Gesamtzahl der Beschäftigten, daß 1911 u. a. eine allgemeine Leuzerungszulage durchgesetzt werden konnte.

## Aus Industrie und Handel.

### Rückgang des deutschen Handels mit Samoa.

Nach der Theorie unserer Kolonialschwärmer sollen Kolonien den Abfluß deutscher Waren in diesen Gebieten und damit die Entwicklung der heimischen Industrie fördern. Wie wenig das für unsere kleinen und wertlosen Besitzungen zutrifft, beweisen Ausführungen in der „Deutschen Kolonialzeitung“ über den Handel Samoas im Jahre 1911. Der Gesamthandel dieser Kolonie ist zwar um 1 1/2 Millionen gegen 1910 auf 8 1/2 Millionen Mark gestiegen. Von der Gesamtumsatz von 4,39 Millionen Mark entfielen aber auf das Mutterland nur 2,12 Millionen Mark, also noch nicht einmal die Hälfte. Von der Gesamteinfuhr (etwa über 4 Millionen Mark) stammte aber gar nur der fünfte Teil (855 000 M.) aus Deutschland. Den Hauptteil der eingeführten Waren lieferte Australien (2,57 Mill. M.). An der Gesamtzufuhr der samoanischen Einfuhr von 604 000 M. gegen 1910 war Deutschland nur mit 13 400 M. beteiligt. Gegenüber der Einfuhr aus England und Australien, das oft nur als Zwischenstation für englische Waren dient, geht die aus Deutschland nach Samoa zurück. Der Einfluß englischen Kapitals macht sich immer mehr geltend. Die weite Entfernung der Kolonie von Deutschland und die Nähe englischer und australischer Gebiete tragen wesentlich dazu bei.

Als Heilmittel empfiehlt die „Kolonialzeitung“ die „Einkleitung einer streng nationalen Politik, vor allem die Förderung der deutschen Anstellung, Schaffung einer deutschen Schiffverbindung und die Herbeiführung günstigerer Arbeiterverhältnisse“, worunter ein vermehrter Druck auf die Eingeborenen zu verstehen ist.

### Kapitalkonzentration im Bankwesen der Schweiz.

Während in der Schweizer Industrie der Großbetrieb die Rolle spielt, wie im Deutschen Reich, ist die Konzentration im Bankgeschäft dort weiter fortgeschritten. Wie im „Volkrecht“ auf Grund der Berichte von 123 Banken mit mehr als einer Milliarde

Frank Kapital gezeigt wird, gibt es zehn Großbanken mit mehr als 30 Millionen Eigenkapital, zusammen am 1. Januar 1912 546,4 Millionen, und einen Reingewinn im Jahre 1911 von 36 Millionen. Davon haben fünf ihren Sitz in Zürich, zwei in Basel, zwei in Lausanne, eine in Bern. Zwei der „Provinzialbanken“ machen auch ihr Hauptgeschäft in Zürich. Große Mittelbanken (10—30 Millionen) gab es 25 mit 899,25 Millionen Kapital und 28,44 Millionen Reingewinn. Mehrere davon sind Kantonalbanken, mehrere tatsächlich nur Filialen von Großbanken. Vier sind in Zürich, je drei in Basel und Genf. Kleine Mittelbanken (5—10 Millionen) gab es am 1. Januar 18 mit 123,4 Millionen Kapital und 7,4 Millionen Reingewinn. Seitdem sind wieder zwei von Züricher Großbanken aufgezogen worden. Kleinbanken (1—5 Millionen) zählte man 70, meist in Kleinstädten und Dörfern, mit 170,8 Millionen Eigenkapital und 11,93 Millionen Reingewinn. Noch kleinere Banken sind nicht mitgerechnet.

Das Gesamt-Eigenkapital der Schweizer Banken von 1240 Millionen und der Reingewinn von 79 Millionen verteilen sich danach auf die einzelnen Gruppen:

	Kapital	Gewinn
Großbanken . . . . .	43,5 Proz.	45,1 Proz.
Mittelbanken, große . . . . .	32,2 „	29,2 „
kleine . . . . .	10,0 „	9,2 „
Kleinbanken . . . . .	14,3 „	16,6 „

## Versammlungen.

Eine Mitgliederversammlung des Transportarbeiter-Verbandes, Sektion 3, Industriearbeiter, fand am Sonntag bei Kranke in der Badstraße statt. Den Verbandsberichtsbericht gaben die Delegierten Böttger und Schmidt. Die Versammlung erklärte sich mit der Haltung des Verbandes gegenüber der Stellung der Delegierten einverstanden. Neben dem Tätigkeitsbericht referierte Franke. Er hob hervor, daß das erste Halbjahr 1912 sich dem Abschluß des Vorjahres würdig anschließt. Es haben 18 Lohnbewegungen stattgefunden, an denen zusammen 2029 Kollegen beteiligt waren. Der Erfolg dieser Bewegung gipfelt in einer wesentlichen Verkürzung der Arbeitszeit, sowie Erlangung eines Mehrlohnes von insgesamt 2675,50 M. die Woche oder 133 775 M. pro Jahr. Neuaufnahmen von Mitgliedern sind in den sechs Monaten 1912 gemacht worden. Außerdem fanden 123 Uebertritte aus anderen Verbänden statt. Es haben stattgefunden: Vorstanderversammlungen 28, Betriebs- und Werkstattbesprechungen 400, Vertrauensmännerversammlungen 70, Sitzungen der Sektionsleitung und der Kartelle 18, Verhandlungen fanden 16 mal statt. Die Gesamtzahl der Sitzungen und Versammlungen beträgt 562. Der Versammlungsbefuch ist im Durchschnitt ein zufriedener gewesen. Im Aufbau des Vertrauensmännersystems, wurde berichtet, sei ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen. Im Vorjahr betrug die Zahl der Vertrauensleute 236, wovon 223 als gegenwärtig 342 seien. Für die Bildung und Belehrung der Funktionäre haben im verflochtenen Winterhalbjahr besondere Kurse stattgefunden, die einen recht praktischen Wert zeigten. Infolgedessen wurde beschlossen, diese Kurse im kommenden Winter wieder stattfinden zu lassen und neben der Ausbildung der Funktionäre auch tätigen Mitgliedern den Zutritt zu gestatten. Der Agitationsfonds hat eine Einnahme von 1789,54 M. und eine Ausgabe von 1005,30 M.; der am 14. 7. cr. verbleibende Kassenbestand beträgt 784,24 M. Zum Schluß wurde zu der Neubewegung der Mitglieder für den Verbandsvorstand Stellung genommen und entsprechende Vorschläge gemacht.

## Letzte Nachrichten.

### Die Vergungsarbeiten in Binz bei Nacht.

Binz, 20. Juli. (F. C.) Bis zur späten Abendstunde war es noch immer nicht gelungen, mehr als 14 Leichen der bei dem Brückeneinsturz Verunglückten zu bergen.

Doch werden die Arbeiten unermüdet fortgesetzt. Die auf der Reede vor Anker liegenden Kriegsschiffe hatten eine Reihe von Pinassen nach der Unfallstelle entsendet, die im Lichte der elektrischen Scheinwerfer Tausende von Metern weit das Meer an der Unglücksstelle absuchten. Eine große Anzahl von Ruderbooten leistete ihnen dabei wertvolle Hilfe und selbst gegen 11 Uhr abends stiegen nochmals Taucher auf den Meeresgrund hinab, um einen letzten Versuch zu machen, ob nicht irgendwo weitere Opfer der Katastrophe zu erpähen seien.

### Im alten Gleise.

Gera (Neuh), 20. Juli. (F. C.) Die Regierung hat zum drittenmal die Bestätigung der zwei sozialdemokratischen Stadträte abgelehnt. Sie droht bei gleichartiger weiterer Wahl die kommissarische Besetzung der Stellen an.

### Russische revolutionäre Kriegsmatrosen vor Gericht.

Petersburg, 20. Juli. (W. Z. V.) Vor dem hiesigen Militärgericht begann heute unter Ausschluß der Öffentlichkeit der Prozeß gegen die revolutionäre Organisation der Matrosen des Schulschiffes „Dwina“, die 1910 entstand und sich auf die Linienschiffe „Jesarewitsch“, Andrei Perwosmann“, Imperator Pawel I.“ und die Kreuzer „Kuril“, „Ballada“, „Bogatyr“, Admiral Naxarow“, das Schulschiff „Nikolajew“ und ebenso auf das Linienschiff „Slawa“ während seiner Ausbesserung im Hafen von Toulon ausdehnte. Die Zahl der angeklagten Matrosen beträgt 60.

### Spanien und der monarchistische Putsch in Portugal.

Madrid, 20. Juli. (W. Z. V.) Vor seiner Abreise nach Otero erklärte Ministerpräsident Canalejas verschiedenen Journalisten, daß kürzlich eine diplomatische Note von Portugal übergeben worden sei, in der nicht nur die Ausweisung des Führers der portugiesischen Royalisten, sondern auch die aller Flüchtlinge verlangt wurde. Canalejas fügte hinzu: In dem letzten Ministerrat waren wir uns darüber einig, daß wir Maßregeln anwenden wollten, um ähnliche Verschönerungen und ein Vorgehen der portugiesischen Flüchtlinge zu verhindern, aber auch darüber, daß es unmöglich ist, der zweiten Forderung der portugiesischen Regierung nachzukommen. Die Ausweisung wäre un menschlich für die Bedürftigen.

### Tod des Mikado.

Tokio, 20. Juli. (W. Z. V.) Der Kaiser von Japan ist heute vormittag gestorben.

### Ein Dampfer in Seenot.

Cuxhaven, 20. Juli. (W. Z. V.) Nach einer dreistündigen Rettung treibt in der Nähe von Nordhorn ein schwer habarierter Dampfer. Von Cuxhaven und Helgoland sind je ein Dampfer zur Hilfeleistung abgegangen.

### Schweres Unglück bei einer Regatta.

Kiew, 20. Juli. (W. Z. V.) Während einer hier veranstalteten Regatta wurde ein Motorboot durch die Wellen eines Schleppdampfers umgeworfen. Von den dreizehn Insassen sind zehn ertrunken.

### Die Cholera.

Witebsk, 20. Juli. (W. Z. V.) Bisher sind hier acht Cholerafälle vorgekommen. Das ganze Gouvernement ist für Cholera bedroht erklärt worden.

Carl Singer & Co., Berlin SW. Hier: 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

H. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchd. u. Verlagsanstalt

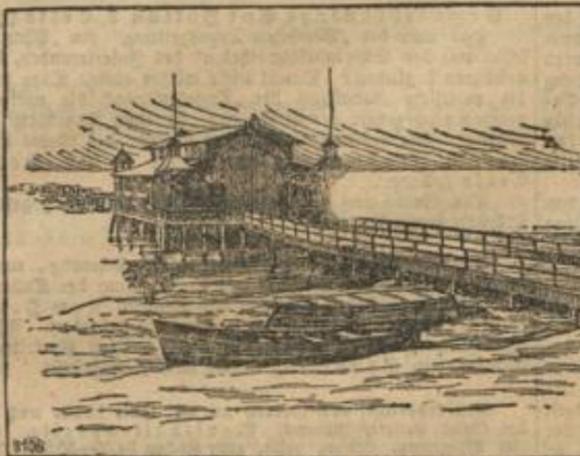
# Einsturz der Landungsbrücke in Binz.

### Zahlreiche Personen ertrunken!

Bei dem Badeort Binz auf Rügen hat sich eine schwere Katastrophe ereignet. Als am Sonntagabend der Greifswalder Dampfer an der Binzer Landungsbrücke anlegte, um seine Passagiere abzusetzen und neue aufzunehmen, brach die Brücke unter der Belastung von 200 Personen zusammen. Mehr als 60 Personen stürzten infolgedessen ins Wasser. Viele von ihnen fanden dabei ihren Tod. Wieviel Personen ertrunken sind, steht zur Stunde noch nicht fest und wird wohl erst bei der Nachfrage nach Vermissten genau festzustellen sein. Doch sind bisher bereits

## 14 Leichen aufgefunden

worden.



Zum Einsturz der Landungsbrücke in Binz.

anzunehmen, daß auch nicht mehr als 14 Personen dem Unfall zum Opfer gefallen sind, falls nicht noch Leichen mit der Strömung auf das hohe Meer hinausgetragen sein sollten. Von den 14 Toten sind bisher 11 identifiziert. Die Namen sind folgende:

1. Frau Zege aus Bergen auf Rügen; 2. Kapellmeister Wohle, Greiz; 3. Frau Kfmann, Bohnort unbekannt; 4. Frl. Springer, Greifswald; 5. Frl. Anna Wierrecht, Greifswald; 6. Knabe Hans Raversberger, Radeberg, Sa.; 7. Gemeindediener Täper, Binz; 8. Frau Witt, Jarnetow; 9. und 10. Frau Luise Heyer aus Rallberge und Tochter; 11. Drogist Kurt Biegler aus Steglitz bei Berlin.

Bis 11 Uhr mittags sind außerdem bei dem Polizeipräsidium in Greifswald als Vermißt gemeldet: Ratsherr Roffke, Inspektor des Laxameterdepots Mannegele, Frau Telegraphenassistent Wepner und Tochter.

### Eine Schilderung der Katastrophe.

Die Katastrophe, die durch den Bruch des Brückenkopfgeländers der 600 Meter langen Landungsbrücke verursacht wurde, löst sich in ihrem ganzen Umfang noch nicht übersehen. Binz, das im Sommer eines der beliebtesten Ostseebäder ist, und das im letzten Jahre nicht weniger als 25 678 Kurgäste zählte, ist durch den entsetzlichen Unglücksfall in große Aufregung verlegt worden. Alle verfügbaren Hände sind mit Rettungsarbeiten beschäftigt. Ueber den Unfall selbst werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Am gestrigen Sonntag war Binz anlässlich der Anwesenheit des zweiten Geschwaders der Hochseeflotte das Ziel zahlreicher Ausflügler, zumal von Berlin zu diesem Zwecke eine Reihe von Extrazugfahrten arrangiert waren. Nachmittags um 8 Uhr legte der Greifswalder Vergnügungsdampfer „Kronprinz

Unser Klischee gibt eine Abbildung der eingestürzten Landungsbrücke, die entweder zu schwach konstruiert war oder sich in einem gemeingefährlichen Zustand befand. Denn Landungsbrücken an derart besuchten Bade- und Ausflugsorten sollten auf alle Fälle so stark sein, um die Belastung durch ein paar hundert Personen aushalten zu können.

Nachdem die Katastrophe passiert ist, wird man ja die Nachforschung nach den Schuldigen ansuchen. Jedenfalls aber sollten aus diesem traurigen Anlaß schnell alle ähnlichen Landungsbrücken einer gründlichen Belastungsprobe und Untersuchung auf ihren baulichen Zustand hin unterzogen werden!

### Die Liste der Toten.

Die Badedirektion teilt mit, daß die Nachrichten, denen zufolge 21 Leichen geborgen sein sollen, nicht den Tatsachen entsprechen. Die Taucher, die seit mehreren Stunden ununterbrochen arbeiten, haben bisher nur 14 Leichen den Fluten entzogen. Da in den letzten Stunden die Taucher niemand mehr auf dem Meeresgrunde gefunden haben, so ist

Menschen im Wasser. Im nächsten Augenblick wurden alle verfügbaren Rettungsmittel von Mannschaften und dem Publikum herangebracht. Wegen der großen Zahl der ins Wasser Gefallenen reichten die Stangen und Haken nicht aus, so daß viele der im Wasser Treibenden mit der Hand herausgezogen werden mußten. Die Verunglückten klammerten sich in ihrer Todesangst aneinander und wurden dadurch in die Tiefe gezogen. Ich sah, wie eine Frau an der Hand emporgezogen wurde, dann aber ins Wasser zurückfiel. Vermutlich hatte ein Herzschlag plötzlich ihrem Leben ein Ende gemacht. Ein junger Mann aus Greifswald rettete mehrere Personen. Viele Menschen standen dabei, ohne helfen zu können, denn alles war vollgepfropft von Leuten, besonders auf dem unteren Teil der Brücke. Bisher war es üblich, daß man das Publikum beim Anlegen eines Dampfers auf dem oberen Teil warten ließ. Vermutlich trug man gestern dem starken Verkehr Rechnung und gab auch den unteren Teil der Brücke für das Publikum frei. Die direkte Ursache des Unglücks mag gewesen sein, daß der mittlere Balken zwischen den beiden Stützen durchgebrochen ist.

### Die Brücke schadhaft gewesen?

Nach einer von der Firma Heinrich Sputh in Greifswald gegebenen Darstellung ist die von ihr im Jahre 1905 erbaute Binzer Brücke durch das Eisreiben im vergangenen Winter beschädigt worden. Eine Abnahme der Reparaturarbeiten durch die Wasserbauinspektion hat, da sie gesetzlich nicht vorgeschrieben ist, nicht stattgefunden. Durch die Nordstürme der letzten Tage ist die Brücke vermutlich schadhaft geworden. Einige Balken haben sich wahrscheinlich gelöst, so daß dem Anscheine nach der in Frage kommende Mittelbalken nur noch an einem Holzen gehangen haben kann. Infolge des gestrigen Andranges dürfte auch dieser Balken nachgegeben haben, wodurch das Unglück herbeigeführt worden sei.

### „Schilda, mein Vaterland!“

Unglaubliche Dinge läßt sich die „Bosfische Zeitung“ über polizeiliche Schildbürgerstücken melden:

Unter den Badegästen heißt es da, herrscht große Erbitterung, da die Brücke augenscheinlich zu schwach gebaut war. Für Rettung war überhaupt nicht gesorgt. Die Rettungsarbeiten wurden fast ausschließlich von der Besatzung der augenblicklich hier liegenden Kriegsschiffe ausgeführt. Ein Marinesoldat wäre bei dem Rettungsversuche selbst ums Leben gekommen. Die zur Rettung herbeieilenden Personen wurden von der Binzer Polizei gewaltsam zurückgedrängt mit dem Bemerkten: „Sie haben nichts zu retten!“ Von den Geretteten wurde von den Brückenkontrolleuren beim Verlassen der Brücke noch ein Brückengeld von 10 Pf. erhoben. Auch die Retter mußten eine Brückenkarte lösen.

Runmehr sind auch die drei bisher noch unbekanntenen Personen der bis jetzt geborgenen 14 Opfer der Binzer Katastrophe rekonstruiert worden. Es handelt sich um die bei der Greifswalder Polizeidirektion als Vermißt gemeldete Frau des Telegraphenassistenten Wepner sowie deren Tochter und den Inspektor des Laxameterdepots Mannegele. Der ebenfalls als Vermißt gemeldete Ratsherr Roffke ist gerettet worden, mußte jedoch in eine Privatklinik gebracht werden, da er am Kinn durch einen Bootshaken nicht unerheblich verletzt worden ist. Lebensgefahr besteht nicht bei ihm.

## Soziales.

### Wie die Postbehörde Angestellte behandelt.

Nach neunjährigem Dienst im Betriebe des Herrschaftsamt I in Hamburg hat die Telegraphengehilfin R. am 28. September 1909 infolge eines stärkeren Bedrohens eines Betriebsunfalls erlitten, infolgedessen sie wegen Dienstuntauglichkeit von unabsehbarer Dauer entlassen wurde. Durch Entscheidung der Oberpostdirektion

des Jungfrauabahnpräsidenten von Salis, Pic Mathilde genannt wird, mag an schönen Tagen überreichen Besuch erhalten; in einer halben Stunde ist man oben und hat dabei doch alle Reize eines steilen Schneegrats mit Wälden in Abgründe und Aetherweiten genossen!

Leider bekommen von diesen Naturschönheiten, die technischer Fortschritt erschließt, die wenigsten Menschen etwas zu sehen. Die große Natur ist ein Monopol so gut wie alles andere in der kapitalistischen Welt.

Riffelens Heimkehr. Die bereits gemeldete Auffindung des Grönlandforschers Einar Riffelens und seines Begleiters, die seit zwei Jahren für verschollen galten, vollzog sich auf merkwürdige Art. Als der Jagdhüter „Södlomsten“ sie fand, waren sie mehr Tieren als Menschen ähnlich. Eine Holzplanke auf der Waldföhne mit der eingeschnittenen Jahreszahl 1912 brachte den Kapitän des Ritters zuerst auf die Spur der beiden; er folgte ihr bis zur Hütte, die sich Riffelens und Iversen erbaut hatten. Als er anklopfte, kamen beide heraus, fast nackend, die Gesichter mit gespanntem Bohn in der Hand, weil sie glaubten, es seien wilde Tiere vor der Tür. Menschen hatten sie nicht erwartet. Sie hatten reichlich Munition bei sich und konnten sich also Lebensmittel verschaffen. Riffelens soll sehr krank gewesen sein, so daß Iversen ihn auf einem Schlitten über 100 Meilen weit ziehen mußte.

Die Expedition Riffelens war 1909 auf dem Schiff „Mahama“ durchgeführt worden, um die Tagebücher des verunglückten Grönlandforschers Malinus Erichsen aufzufinden. Das Schiff wurde vom Eise zerstört, die Mannschaft rettete sich und kehrte voriges Jahr zurück, während Riffelens und sein Begleiter die Expedition fortsetzten. Sie haben große Wanderungen über das grönlandische Inland unternommen und Nachrichten von Erichsen im Danmarksfjord gefunden. Auch die Tagebücher Erichsens wurden heimgebracht. Lange haben die Badeten vergeblich auf Riffelens gewartet, bis sie nun endlich die „Södlomsten“ auf 74 1/2 Grad nördlicher Breite traf und mitnahm.

### Notizen.

Das Friedrich-Wilhelmstädtische Schauspielhaus bleibt im August geschlossen. Das Theater wird als Berliner Possen-Theater wieder eröffnet werden.

Soziologenkongress. Vom 20. bis 22. Oktober findet in Berlin die zweite Tagung der Soziologen statt, deren Verhandlungen diesmal ein einheitliches allgemeines Thema: „Die Soziologie der Nation und verwandter Begriffe“ zugrunde liegen wird. Die Leitung liegt in den Händen der Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Professor Sombart, Professor Tönnies und Professor Stummel. Als Vortragende sind gemeldet: Professor Alfred Weber (Heidelberg), Professor Edu. Lehmann (Berlin), Professor Michels (Köln), Dr. Oppenheimer (Berlin), Dr. Ludo R. Hartmann (Wien), Professor Paul Barth (Leipzig), Professor Vierlands (Berlin).

## Kleines feuilleton.

Der Mikado als Gott des modernen Japan. Die Stellung, die der Mikado in seinem Reich einnimmt, ist eine so einzigartige, daß sie mit der keines anderen Herrschers der Welt verglichen werden kann. Der Mikado ist der Gott des modernen Japan, an den als das höchste Wesen die Mehrheit seiner Untertanen ihre Gebete richtet. Der Kaiser war ursprünglich noch der alten Schinto-Religion, die durch die Revolution im Jahre 1867 über den Buddhismus der früheren Adels herrschaft stieg, ein Priesterkönig. Aber in neuester Zeit ist die Würde des Hohenpriesters in die eines Gottes verwandelt worden. Ueber diese Umgestaltung der japanischen Religion, die für das moderne Japan sehr charakteristisch ist, berichtet der Religionsphilosoph der Berliner Universität Prof. Edward Lehmann in einem Aufsatz der Internationalen Monatschrift. Die japanische Verfassung erklärt zwar die völlige Religionsfreiheit, aber die weitaus größte Zahl des Volkes hängt doch dem Schintoismus an, dem uralten Ahnengott und Götterglauben, der mit der von China entlehnten Moral des Konfuzius verbunden ist. Mit dieser alten japanischen Religion hat aber der heutige modernisierte Schintoismus nur noch den Namen gemein; eine völlige Umgestaltung und Neubedeutung der veralteten, überlebten Grundvorstellungen wurde vorgenommen. Die neue Religion wurde ein Nationalkult, der als höchsten Glaubenssatz die Größe und Macht Japans anerkennt und diese Idee in ihrer persönlichen Verwirklichung, dem Mikado, verehrt.

Daß die neue Religion eine Vergöttlichung des Kaisers darstellt, wie sie der alte Schintoismus nicht kannte, kommt z. B. in einem offiziellen Schreiben des Ministers Baron Cuxa zum Charakteristischen Ausdruck: „Daß die Majestät unseres kaiserlichen Hauses über alles auf der Welt so hoch emporgeliegt und so dauerhaft ist wie Himmel und Erde,“ erklärt er, „ist zu wohlbekannt, um hier wieder erwähnt zu werden. Wenn man deshalb meint, daß unser Vaterland einen neuen Glauben braucht, so laß diesen zu einer Religion des Imperialismus, mit einem Wort: zum Kaiserkult werden!“ Mit der unbedingten Verehrung der faktischen Person des Kaisers und seiner göttlichen Vorfahren und dem Glauben an ihn, dem unbedingten Gehorsam, der ihn als Haupt der Armee geschildert wird, verbindet sich bei dem modernen Japaner der Gedanke, daß Japan so hoch über den übrigen Nationen stehe, wie der Mikado durch seine göttliche Würde über allen anderen Königen und Kaisern. Nach der Ansicht eines so ausgezeichneten Kenners, wie des Professors Basil H. Chamberlain, bekämpft sich der vorwärtsstrebende Teil der Nation zu diesem nationalen Kaiserkult: die Studenten, das Heer, die Flotte, die Anführer in Japans neuen Provinzen, alle modernen, dem Fortschritt huldigenden Geister. Vor allem sind die Schulen die Nächststehenden dieses neuen Geistes. Die Geschichte wird so gelehrt, daß alles in ihr auf die Kaiseridee bezogen wird. Alles, was das Land dem Wirken der chinesischen

„Wilhelm“, von Sahnitz kommend, an der Binzer Brücke an. Auf dem Brückenkopf haute sich eine ungeheure Menschenmenge. Plötzlich gab das Geländer des Brückenkopfes nach. Zu gleicher Zeit brach der Wohlenbelag des Brückenkopfes und über hundert Personen stürzten in das Wasser. Zur Zeit der Katastrophe befanden sich auf dem Landungssteg etwa 1000 Menschen, auf dem Brückenkopf waren aber 200 Personen zusammengeedrängt. Es entstand eine furchterliche Panik. Die Situation gestaltete sich dadurch sehr gefährlich, daß der größte Teil der ins Wasser Gefürzten des Schwimmens unkundige Frauen und Kinder waren. Die Katastrophe hätte einen noch größeren Umfang angenommen, wenn nicht die Mannschaften der Kriegsschiffe schnell entschlossen und mutig eingegriffen hätten. Auf der Brücke war eine Anzahl auf Landurlaub befindlicher Offiziere und Matrosen anwesend, die sich sofort ins Wasser stürzten und eine große Anzahl Personen dem nassen Element entzogen. Ein Matrose dessen Name noch nicht festgestellt werden konnte, hat allein sieben Frauen und Kinder gerettet. Als das Unglück auf den Kriegsschiffen bemerkt worden war, wurden sofort Boote ausgelegt, in denen sich Marineärzte mit Sanitätsapparaten zu Wiederbelebungsvorhaben befanden. Der Landungssteg ist polizeilich gesperrt, die Dampfer booten die Passagiere aus.

### Darstellung eines Augenzeugen.

Ein Augenzeuge des Binzer Unglücks, der Direktor der Landwirtschaftlichen Schule in Eldena, Dr. Koch, gibt folgende Darstellung: „Ich befand mich auf dem Dampfer „Kronprinz Wilhelm“. Als der Dampfer an der Brücke anlegte und der Verbindungsteg hergestellt wurde, begrüßte ich einige Bekannte. Plötzlich gab es einen furchtbaren Knack und man sah große Holzsplitter und zahlreiche

Moral verdankt, wird ohne weiteres auf die Ahnen des Kaiser-Gottes zurückgeführt. In der konsequenten Durchführung dieser Ideen begreifen sich die Schulbücher mit den offiziellen wissenschaftlichen Schriften. Kuregum, der Kapitalismus und Imperialismus, der als Begleitererscheinung des Kapitalismus überall auftritt, ist in Japan zur Religion gemacht worden.

Die Eroberung der „Jungfrau“. Nach einer Bauzeit von dreizehn Jahren hat die Jungfrauabahn jetzt das 8457 Meter über dem Meer gelegene, zwischen Rönch und Jungfrau eingebettete Jungfraujoch erreicht, das der Gipfel der Jungfrau nur noch um 700 Meter überträgt. Bisher war Station Eismeer die Endstation der Jungfrauabahn. Ende Juli 1912 werden die Reisenden zum erstenmal weiterbefördert bis zur Station Jungfraujoch und damit mitten hinein in die Schönheiten der hochalpinen Welt. Konrad Falke schildert in „Westermanns Monatsheften“ den übermächtigen Eindruck, den die Hochgebirgswelt von der neuen Station aus auf den Beschauer macht:

„Es war ein Anblick von überraschender Stille und Größe; das Spiel der Gipsellinien, die hier nicht mehr jäh die Höhe erstreben, sondern gleichsam genießend und auskostend sich in ihr verbreiten, zeigt eine solche erhabene Ruhe, daß einem wohl die Tränen in die Augen treten möchten; man fühlte, daß man von dem großen Bau der Erde das oberste Plateau betreten hatte. In wunderbarer Einsamkeit, wie ein friedvolles Jenseits, dehnte sich zu unseren Füßen Kilometerweit das enge, flache Tal des Jungfraujochs zum Konfordsplaz hinunter; von beiden Seiten, links vom Trugberg, rechts vom Kranzberg, schoben sich kullissenartig auslaufende Fels- und Schneegrate herein, zwischen denen hindurch der Blick bis zu den Walliser Gletschergruppen schweifte.“

Zu unserer Rechten aber, an der Grenze der Hef uns im Rücken liegenden Erdennwelt, reichte sich der oberste Gipfelbau der Jungfrau in den Aether empor! Wie mit leidenschaftlich schäudernder Gebärde Heiligens vom Profanen trennend, fällt unmittelbar vom Gipfel, durch volle siebenhundert Meter, der lahle, jadicke Nordostgrat zu unserem Standpunkt ab; er ist es auch, der allen Angriffen der Bergsteiger am längsten standgehalten hat, denn erst 1911 wurde er zum erstenmal bezwungen.

Wer in diesem Sommer die Station Jungfraujoch (8457 Meter) besucht, wird von der Durchbruchstelle aus einen in die steile Strahlene eingesprengten Weg vorfinden und zu dem seine zweihundert Meter entfernten Schneefelder des Jungfraujochs wagerecht hinüber wandern können; dort ergänzt den Blick nach Süden, in die hehre Firnenwelt, ein Blick nach Norden: über schaurige Abgründe hinweg in grüne Tälchen und blaue Fernen, wie ihn uns der Rönchsjochstollen bot. Nun wird es in dieser stillen, weichen Landschaft bald reges Leben geben; aber so groß sind die Dimensionen, daß auch ganze Aramannen kaum das Naturbild verderben, und die Spuren sind bald genug wieder vermischt. Einzig die dem grimmigen Nordostgrat der Jungfrau vorgelagerte kleine Schneephramide (Punkt 3800), die zu Ehren der Tochter Gugler-Jellers, der Gattin

Vom 26. August 1910 wurde der L. auf Grund eines Gutachtens des Postvertrauensarztes Dr. Riebel in Lübeck eine jährliche Invalidenrente von 375 M. für 33 1/2 Proz. verminderte Erwerbsfähigkeit zugesprochen. Da aber die Rentenfestsetzung auf unrichtigen Voraussetzungen der wirklichen Erwerbsunfähigkeit der L. beruhte, hatte deren Pfleger durch den Rechtsanwalt Dr. Zannenwald gegen den Reichsfiskus bei dem Hamburger Landgericht einen Prozeß auf Erhöhung der Rente um 525 M. angestrengt. Es wurde eine Rente in Höhe von 900 M. pro Jahr für verminderte Erwerbsfähigkeit beantragt. Zur Begründung der Klage wurde hervorgehoben, daß die Klägerin unter Aufsicht aller Kräfte zurzeit nur eine einfache Stellung als Kinderfräulein versehen kann, wofür sie eine Vergütung von 18 M. monatlich ohne jegliche Beförderung erhält.

Der Kampf, der sich sodann um die Erhöhung der Rente abspielte, ist sehr interessant und veranlaßt uns, mit einigen Worten des näheren auf die Geschichte des Rentenkampfes einzugehen. Die Oberpostbehörde beantragte nämlich Abweisung der Klage, indem sie auf das Gutachten des Dr. Riebel und die Gutachten des Dr. Ronne und des Physikus Dr. Schwarz berief, welche letztere beide bekundeten, daß der Unfall nur das auslösende Moment einer schon bestandenen nervösen Erschöpfung gewesen sei. Physikus Dr. Schwarz behauptete sogar, es handle sich bei der Klägerin um eine von Haus aus nervöse Person, die an krankhafter Willensschwäche leide. Diesen Gutachten stehen aber die des Oberarztes am Krankenhaus St. Georg, Dr. Saenger, und des Nervenarztes Dr. Kalmus, der die L. seit dem Unfall behandelte, entgegen. Diese beiden Gutachter haben übereinstimmend die Erwerbsunfähigkeit der Klägerin auf mindestens 80 Proz. geschätzt. Die Zivilkammer in Hamburg hat demnach den Reichsfiskus kostenpflichtig zur Zahlung eines Ruhegehalts von 700 M. verurteilt. In der Begründung des Urteils führt sich dasselbe auf die Gutachten von Dr. Kalmus und Dr. Saenger, die unter anderem ausführten, daß der jetzige Zustand der Klägerin nicht allein durch den Unfall, sondern auch durch die Art, wie die Oberpostbehörde in die Behandlung der Kranken eingegriffen hat, verursacht ist. Für den ungünstigen Ausgang des Leidens seien die dauernden Behinderungen von der Postbehörde, der erzwungene Wechsel der Behandlung, die mit den häufigen Untersuchungen verbundenen Erregungen usw. und die Verweigerung der Sanatoriumsbehandlung mitverantwortlich zu machen. Der Arzt der Postkrankenliste hatte sofort nach dem Unfall nervenärztliche Behandlung empfohlen. Da der L. solche von der Postkrankenliste nicht gewährt wurde, stellte die Klägerin einen förmlichen Antrag, auf welchen das kaiserliche Fernsprechamt erwiderte: Die Postkrankenliste hat Ihre Eingabe dahin entschieden, daß sie die spezialärztliche Behandlung durch Herrn Dr. Kalmus nur dann gestattet, sofern die Gesamtkosten den Betrag von 750 M. nicht überschreiten (1). . . E. F. dürfte Krankenhausbehandlung am Platze sein. Da Dr. Kalmus für 750 M. die L. nicht kurieren konnte, begab sich die L. bei Dr. K. in Privatbehandlung. Nach 5 Wochen war eine ausgesprochene Besserung mit einer Gewichtszunahme von 11 Pfund eingetreten. Die Bemühungen, die empfindlichen Nerven zu beruhigen, wurden durch die ständigen Vorstellungen, persönlichen Verhandlungen und Kontrollbesuche von der Behörde sehr erschwert. Der Sachverständige sah sich daher am 25. November 1909 veranlaßt, das kaiserliche Fernsprechamt auf die Gesundheitschädigung, die durch das Verhalten der Behörde zu befürchten war, warnend hinzuweisen. Auch von einer Krankenhausbehandlung riet der Gutachter aus ärztlichen Gründen ab. Trotzdem wurde am 26. November die sofortige Aufnahme in das Krankenhaus wie folgt verfügt: „Sie werden hiermit nochmals aufgefordert, sich nimmermehr sofort in das Krankenhaus aufnehmen zu lassen. Sollten Sie der Aufforderung nicht nachkommen, so werden Sie sich die für Sie hieraus entstehenden Folgen selbst zuzuschreiben haben.“ Nachdem die L. 3 Monate im Krankenhaus gewesen war, verließ sie erheblich verschlechtert das Krankenhaus. Der Sachverständige schließt sein Gutachten mit den Worten, daß die vorgelegte Behörde es von Anfang an an einer

zweckmäßig durchgeführten und notwendigen Behandlung hat fehlen lassen, ja sogar eine solche privat von der Kranken veranlaßte Behandlung durch ihr Eingreifen gestört hat. In dem Gutachten des Dr. Saenger heißt es: „Es handelt sich um recht schwer funktionell nervöse Veränderungen, wie sie nicht selten nach Einwirkung von elektrischen Strömen auf das Zentralnervensystem beobachtet werden. Schädigend eingewirkt hat die Art, wie die Oberpostbehörde in die Behandlung eingegriffen hat.“ Wegen das Urteil des Landgerichts legte die Oberpostdirektion Berufung ein und forderte u. a. die Einholung eines Obergutachtens, da die Gutachten der Sachverständigen sich widersprächen. Nach ihrer Ansicht sei das Urteil des Dr. Kalmus nicht unparteiisch und das des Dr. Saenger nicht beweiskräftig. Das Oberlandesgericht wies die Berufung aber ab, da es keine Bedenken trägt, das in sich schlüssige und überzeugende Gutachten von Dr. Saenger seiner Entscheidung zugrunde zu legen.

Am 28. September 1909 erlitt die Telegraphengehilfin den Unfall, am 25. April 1912 konnte endlich das inzwischen rechtskräftig gewordene Urteil verkündet werden. — Bezeichnend ist, wie die beiden Gutachter die „segenreiche“ Tätigkeit der Oberpostbehörde eingeschätzt und bewertet haben. Viel antisozialer kann eine Behörde schwerlich vorgehen als hier die Postbehörde.

#### Die zukünftige Volksversicherung der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften

wird in der soeben erschienenen Nummer 30 vom 27. Juli der offiziellen „Konservativen Mitteilungen“, herausgegeben vom Hauptverein der Konservativen, dringend empfohlen. Es wird dabei betont, daß es sich hier um eine öffentliche Lebensversicherung handelt, die darauf großen Wert legt, die landwirtschaftliche Bevölkerung zu entschulden. In dieser im großen Stil durchgeführten Lebensversicherung ist ein Werbemittel geschaffen, das besonders der landwirtschaftlichen Bevölkerung große Vorteile bietet.“

Wird wohl nun der Hirsch-Dundersche „Gewerbeverein“ von einer Empfehlung dieser agrarischen Schuldenlinderungsversicherung Abstand nehmen?

### Aus der Frauenbewegung.

#### Sundstagsirrationen der „Deutschen Tageszeitung“.

Am 18. Juli brachten wir eine Glossé „Agrarische Ferienkolonien“, die in von mehreren Blättern mitgeteiltes Inserat des „Hannoverschen Couriers“ kritisierte. Obgleich Erscheinungszeit und -ort genannt worden waren, schwang sich das Feuilleton der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ (Nr. 372 vom 25. Juli) zu folgender Notiz auf:

„Eine anmutige Gaueret ist von der sozialdemokratischen und liberalen Presse in die Welt gesetzt worden, um den Agrariern ein anzuhängen. Da soll in einer hannoverschen Zeitung eine Anzeige folgenden Inhalts gestanden haben: „Erholungsaufenthalt auf dem Lande, etwa 14 Tage, finden sofort 15—20 erholungsbedürftige junge Mädchen oder Kinder (Mädchen nicht unter 12 Jahren) aus rechtlichen Familien aus meinem Gute bei freier Station. Dieselben müssen dafür 8 bis 10 Stunden täglich Erbsen pflücken. Fleißigen Pflückerinnen wird außerdem noch Barverdienst gewährt. Bewerberinnen wollen sich Mittwochs, abends 7 1/2 Uhr, Bahnhof, Wartesaal 8. Klasse melden. Gut Holtau bei Celle.“

Es mag dahingestellt bleiben, ob sich Erholungsbedürftigkeit und Erbsenpflücken miteinander vertrugen, und ob die freie Station der richtige Gegenwert für die geforderte Arbeitsleistung bildet. Aber gerade diese Punkte hätten die Redakteure, die die angeführte Anzeige weiterverbreitet haben, klugig machen müssen. In welcher Zeitung hat die Anzeige gestanden? Die Angaben darüber fehlen und wenn wirklich irgendein Provinzialblatt ein derartiges Inserat gebracht haben sollte, hätten sich die Herren doch das „Gut Holtau bei Celle“ näher ansehen müssen. Es existiert eben einfach nicht, wenigstens nicht in Hannover, nicht in Preußen, nicht in Deutschland überhaupt; es ist ein Phantasiegut, belastet mit den Schwindelhypothesen seines Er-

finders, und kein Ortsverzeichnis weist einen Ort oder ein Gut dieses Namens auf. Bei dem Tiefstand der Polemik, der unsere gegnerische Presse auszeichnet, ist nicht anzunehmen, daß sie von dieser Wichtigkeit Kenntnis nehmen und ihren Lesern den wahren Sachverhalt mitteilen werde. Gegen die Agrarier gelten alle Mittel, und den § 11 des Preßgesetzes können sie nicht anwenden nach Lage des Falles und vor allem nicht vom „Gut Holtau bei Celle“ anwenden lassen, was ihnen selbigen zu dem Privateigentum des seligen Freiherrn von Münchhausen gehört.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ war sogar so liebenswürdig, uns durch ein mit Zeichen versehenes Exemplar — wenn auch unnötigerweise — auf ihre Notiz aufmerksam zu machen. Wer beschreibet unter Erkennen, als wir am Montag früh die gleiche Notiz nochmals in der „Deutschen Tageszeitung“ finden, nur diesmal im politischen Teil mit der schönen Ueberschrift: „Wie man gegen die Agrarier kämpft“ und dem Vermerk, die Ausführungen seien entnommen der „Braunschweigischen Tageszeitung“? Wüssten wir und indiskret in interne Redaktionsangelegenheiten, wenn wir das Feuilleton ersuchen, künftighin ihren Teil nicht an den „Vorwärts“, sondern an seine Kollegen in der Politik einzusenden?

Um empfiehlt das „Berl. Tagebl.“ der politischen Redaktion der „Tageszeitung“, nicht nur das Feuilleton sondern auch den Anzeigenteil von Nr. 372 zu studieren. Sie wird dort eine Notiz finden:

„Vorläufiger mit circa 80 Leuten, 10 Männern und Frauen und 20 Mädchen für sofort oder Anfang August zu gutem Vertrage gesucht. Derselbe kann auch dort mit einem Teil der Leute über Winter bleiben.“

Genüßepflanzung Gut Holtau b. Celle (Hannover). Hat auch der „Deutschen Tageszeitung“ ein „Phantasiegut, belastet mit den Schwindelhypothesen“ des Inserierenden, die Anzeigengebühren beglichen? Damit nicht wieder einige Tage vergehen, bis die politische Redaktion der „Tageszeitung“ die nötigen Erkundigungen eingezogen, verrät ihr das „Berliner Tageblatt“ des Rätsels Lösung: Vor einem Jahr hat der Besitzer des Gutes Drummerhof, Herr v. Arnswaldt, den Namen in Gut Holtau bei Celle geändert.

Die Moral von der Geschichte? Wie „man“ gegen die linksstehende Presse kämpft!

Die Einrichtung einer Mutterschaftsversicherung, unentgeltlicher Krankenfürsorge und planmäßiger Bekämpfung der Tuberkulose wird in der Plattform der Sozialisten des Staates New York als erste derartige Programmforderung in Amerika gefordert. Für das Amt eines Staatssekretärs wurde auch hier, auf der Parteikonvention zu Auburn, eine Genossin, Carrie Allen, aufgestellt.

Marktbericht von Berlin am 27. Juli 1912, nach Ermittlung des künftigen Preisniveaus. Kartoffeln (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—50,00. Erbsen 40,00—50,00. Kartoffeln (Kleinhandl.) 10,00—16,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,90. Schweinefleisch 1,50—2,00. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,40—5,20. 1 Kilogramm Rindfleisch 1,20—2,20. Kalb 1,20—3,20. Lamm 1,60—3,60. Gänse 1,40—2,80. Enten 1,00—2,40. Schafe 1,40—3,20. Hühner 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 2,00—4,00.

#### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 27. 7.		Wasserstand	am 27. 7.	
	am	seit		am	seit
	cm	cm)		cm	cm)
Remel, Tist	69	0	Saale, Großh.	70	+22
Bregel, Nisterburg	51	-3	Saale, Spanbau)	10	-2
Wesel, Horn	2	-2	Rathenow)	-10	-22
Dier, Rastorf	212	-60	Spree, Spremberg)	56	-2
„ „ „ „	37	0	„ „ „ „	77	0
„ „ „ „	42	-4	„ „ „ „	93	+1
„ „ „ „	44	-2	„ „ „ „	170	-4
„ „ „ „	60	-1	„ „ „ „	457	-2
„ „ „ „	42	0	„ „ „ „	258	-5
„ „ „ „	24	-46	„ „ „ „	236	-10
„ „ „ „	112	-45	„ „ „ „	70	-12
„ „ „ „	79	+4	„ „ „ „	114	+6
„ „ „ „	130	+21	„ „ „ „	3	-2

) + bedeutet Hoch, — Fall, — ) Unterpegel.

### Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.  
Am 27. d. M. verstarb unser  
Genosse, der Arbeiter

**Gustav Ulrich**

Stralunder Straße 37  
(Bezirk 644).

Ohre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, nachmittags 5 1/2 Uhr,  
von der Halle des Elisabeth-  
Kirchhofes in der Prinzenallee  
aus statt. 231/5  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Die Beerdigung unseres  
Kollegen 2621b

**Gustav Tillner**

findet am **Mittwoch, den 31.  
Juli, vormittags 10 Uhr**,  
von der Leichenhalle des Ren-  
dahnner Gemeinde-Friedhofes,  
Mariendorfer Weg, aus statt.

Die Kollegen  
des „Berliner Tageblattes“.

**Typographia.**

Die Beerdigung des Kollegen

**Gustav Tillner**

findet am **Mittwoch, den 31.  
Juli, vormittags 10 Uhr**,  
von der Leichenhalle des Ren-  
dahnner Gemeinde-Friedhofes,  
Mariendorfer Weg, aus statt.  
Der Vorstand.

Am 27. Juli, abends 8 Uhr,  
entschlief sanft infolge eines  
Schlaganfalls mein lieber Mann,  
unser herzenguter, inniggeliebter  
Vater, Schwieger- und Groß-  
vater, der Webermeister

**Eduard Härtig**

im 82. Lebensjahre.  
Dies zeigt tiefbetrübt an im  
Namen der Hinterbliebenen  
Emilie Härtig geb. Duncker.

Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 31. Juli, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt. 2680b

Am Sonntagabend, den 27. Juli,  
früh 7 Uhr, verschied nach kurzem,  
schwerem Leiden mein lieber  
Mann, unser guter Vater, Bruder,  
Onkel und Schwager

**Otto Blumberg**

im 26. Lebensjahre.  
Um stille Teilnahme bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 31. Juli, nach-  
mittags 6 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Jakobikirchhofes  
aus statt. 2625b

Am Sonntagabend, den 27. Juli, abends  
9 1/2 Uhr, verschied nach langem,  
schwerem, mit großer Geduld er-  
tragenem Leiden meine liebe Frau,  
Schwieger-, Schwägerin und Tante,  
Frau

**Marie Wirth**

geb. Kähn,  
im Alter von 58 Jahren.  
Paul Wirth.

Die Beerdigung findet Dienst-  
tag, den 30. Juli, nachmittags  
5 Uhr, von der Leichenhalle des  
Sophien-Kirchhofes, Frelenwalder  
Straße, aus statt. 251

Allen Verwandten, Freunden  
und Gönnern die tiefschmerzliche  
Nachricht, daß meine inniggeliebte  
Frau und gute Mutter

**Amalie Bieleit geb. Krause**

nach langem schweren Leiden am  
Sonntagabend, abends 8 Uhr, sanft  
entschlafen ist. 2670b

Allen Freunden und Gönnern  
die traurige Nachricht, daß die  
Frau unseres Generaladjutants

**Amalie Bieleit**

geb. Krause  
am Sonntagabend, abends 8 Uhr,  
nach langem schweren Leiden  
sanft entschlafen ist.  
Dies zeigen an  
Die Pächter  
der Kolonie „Lindenwäldchen“.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.  
Am 26. d. M. verstarb unser  
Genosse, der Bäcker

**Eduard Müller**

Beuststr. 55a.

Ohre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
nachmittags 4 1/2 Uhr von der Halle  
des Süd-West-Friedhofes in  
Stahnsdorf aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
231/5  
Der Vorstand.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Zulager

**Johann Korcik**

Remeler Str. 4  
am 27. d. Mts. an Leberleiden  
gestorben ist.

Ohre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 31. Juli, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Pauls-Kirchhofes in der  
Geertstraße aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
121/17 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
6. Berliner Reichstagswahlkreises.  
Am 28. d. Mts. verstarb unser  
Genosse, der Rigarenmacher

**Wilhelm Diehl**

Wartenstr. 58 (Bezirk 625).

Ohre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 31. d. Mts., nach-  
mittags 1 1/2 Uhr, vom Trauer-  
haus aus nach dem kaiserlichen  
Friedhof, Müllerstraße, Ecke See-  
straße statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher  
Transportarbeiter-Vorband.**  
Bezirk Groß-Berlin.

**Nachruf!**

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Droßchen-  
führer

**Julius Boldt**

am Donnerstag, den 25. d. M., im  
Alter von 60 Jahren verstorben ist.  
Ohre seinem Andenken!  
Die Bezirksverwaltung.  
65/15

Allen Verwandten, Freunden  
und Gönnern die tiefschmerzliche  
Nachricht, daß meine inniggeliebte  
Frau und gute Mutter

**Karl Neuendorf**

sage ich allen Bekannten und Ge-  
nossen meinen herzlichsten Dank, ins-  
besondere dem Gesangsverein der  
Baher, dem Herrn Obst für die trotz-  
reichen Worte am Grabe.  
Frau Marie Neuendorf  
nebst Kindern.

### Dankfagung.

Für die Beweise liebevoller Teil-  
nahme, sowie auch für die zahlreichen  
Kranzspenden bei der Beerdigung  
meines lieben Mannes und guten  
Vaters, des Schriftsetzers 2624b

**Max Voß**

lagen wir auf diesem Wege allen  
Verwandten und Bekannten, sowie  
den Genossen des 3. Wahlkreises,  
besonders den Kollegen der Firmen  
Deber u. Söhne und Hülbe-  
brandt u. Stephan unseren innigsten  
Dank. — Im Namen der trauernden  
Hinterbliebenen

Witwe Emma Voß und Sohn.

Für die herzliche Teilnahme und  
reichen Kranzspenden bei der Beerdigung  
meines lieben, unvergeßlichen  
Mannes, unseres herzenguten Vaters,  
Schwieger- und Großvaters, des  
Schriftsetzers **Wihl. Schnauck**  
sagen wir allen Freunden und Be-  
kannten unseren herzlichsten Dank.

**Wwe. E. Schnauck**

2625b nebst Kindern.

### Tätowierung

entfernt **Dr. Schümann**  
Spezialarzt für Hautkrankheiten  
Berlin S., Oranienstraße 139.  
205/17

### Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.  
Wolle-Reste! Moquette.  
Plüsch-Sattelstaschen.

Muster bei näherer Angabe  
franko.  
Berlin 808, 150.

Von der Reise zurück [220/19]

**Hermann Katz,**

Landsberger Straße 71,  
Für Zahnleidende 9-7. Kpat. 1831.

### Oskar Wollburg

Trauer-Magazin

Berlin N., Brunnenstraße 56.

Große Auswahl in schwarzer  
Konfektion; auch einz. Röcke,  
Blusen, Hüte etc. Anfertigung  
nach Maß in 12 Stunden.  
Änderungen sofort.

# Manoli

Cigarettes  
Specialmarken

## Abbas Dandy Gibson Girl





Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Zeitschen. Der Verein der Segler-Freunde zu Zeitschen feiert am Sonnabend, den 3. August, ein Sommerfest im Lokal von Stümpel.

6. Wahlkreis.

Abteilungsverfammlungen finden heute abend für die einzelnen Abteilungen statt, in denen die Genossen zur Kreis-Generalversammlung Stellung nehmen sollen.

Charlottenburg. Heute abend 1/9 Uhr, im „Volkshaus“, Rosenstraße 8: Fortsetzung der am 18. Juli vertagten Generalversammlung.

Steglitz. In der heutigen Mitgliederversammlung im „Vierwäldchen“ hält das Referat über den Chemnitzer Parteitag nicht die Genossin Dunder, sondern Genosse Dr. Hermann Dunder.

Groß-Bichterfeld. In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins heute abend bei Engel, Berliner Str. 129, spricht Genossin Selinger-Walfrath über „Den gewerkschaftlichen Kampf“.

Sossen. Unsere Generalversammlung findet am Donnerstag, den 1. August, abends 8 Uhr, im Saale des Genossen P. Kurzner statt.

Berliner Nachrichten.

Besen-Parade.

Von oben herab, aus dem Roten Hause, war telephonisch Alarm geblasen worden: Hoher Besuch kommt... alles, was Besen hat, soll zusammengetrommelt werden... in Wichs antreten zur Rehrich-Parade!

Im Berliner Norden war inzwischen ein Gewitter niedergegangen. Die Straßen standen unter Wasser, kein Rehrichmann ließ sich blicken.

Submissionslisten. Schon häufig hat sich die Öffentlichkeit mit seltsamen Ergebnissen von Submissionen zu beschäftigen gehabt. Man fand, daß der Wert derselben Arbeit von verschiedenen Firmen sehr verschieden eingeschätzt wurde.

88 551 M., die Firma Bimmer aber nur 7358 M., rund 81 000 M. weniger. Für das Los 2 forderte die Firma B. B. Rüdke 19 181 M. und die Firma Mittag in Spremberg 7915 M.

Opfer der Hitze. Auch der letzte Sonntag hat bei einer Temperatur von 33 Grad im Schatten wieder eine Anzahl von Opfern gefordert.

Auch das Baden hat wieder ein Menschenleben gefordert. Im Ruppiner See ertrank der 29 Jahre alte Schneider Nikolajewitsch aus der Bernauer Straße.

Die Gefangnisse des deutschen Arbeiter-Sängerbundes werden mehr und mehr eine öffentliche Angelegenheit der Berliner Arbeiterschaft.

Ein Tag der Erntefeste war der letzte Sonntag. In den Laubenkolonien herrschte ein lebhaftes Leben und Treiben. Bunte Papierfahnen wiesen allenthalben auf das Erntefest der Doubelkolonisten hin.

Ein Tag der Erntefeste war der letzte Sonntag. In den Laubenkolonien herrschte ein lebhaftes Leben und Treiben. Bunte Papierfahnen wiesen allenthalben auf das Erntefest der Doubelkolonisten hin.

Ein Tag der Erntefeste war der letzte Sonntag. In den Laubenkolonien herrschte ein lebhaftes Leben und Treiben. Bunte Papierfahnen wiesen allenthalben auf das Erntefest der Doubelkolonisten hin.

Ein Rautionsschwindler eigener Art, über dessen Treiben wir früher schon einmal berichteten, ist am Sonnabend wieder an zwei Stellen mit Erfolg aufgetreten.

Straße um 12 Uhr mittags und in der Wälderstraße um 4 Uhr nachmittags austrat, sich unterdessen umgekleidet hatte.

Vierzehn Tage hindurch dem Hunger preisgegeben. Ein grenzenloses Elendbild aus dem Großstadtleben wurde in der Nacht zum Sonntag in der Linienstraße entdeckt.

Versehrlich entlassen. Müd hatte der 32 jährige Schlosser Johannes Berch, der vor einiger Zeit wegen schwerer Einbruchdiebstähle verhaftet und ins Roabitler Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden war.

Im religiösen Wahnsinn wand an sich gelegt. Auf schreckliche Weise versuchte sich am Sonntag mittags die 23 jährige Schneiderin Käthe Wido, Schönhauser Allee 182, das Leben zu nehmen.

Eine Vorfahrt von einem ganzen Pfennig fand man bei einem Selbstmörder, der im Grunewald seinem Dajcin ein Ende bereitet hat.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Sonntag in der Drauerlei Bogenhofer, Landsberger Allee. Ein Arbeiter, mit Reparaturen an der Maschine beschäftigt, wurde vom Schwingrad erfaßt und entsehrlich zugerieht.

Ein Menschenleben hat ein noch unaufgeklärter Vorfall in der Trummelstraße gefordert. In dem Hause 178 fand man in der Nacht zum Sonnabend die 40 Jahre alte Wälderin Charlotte Eilert und deren Geliebten, einen 39 Jahre alten Hausdiener Otto Stödel, im Schlafzimmer des Mädchens mit brennender Kleidung auf dem Bett liegen.

Wegen einer sehr gefährlichen Gasexplosion wurde am Sonntag früh um 6 Uhr die Berliner Feuerwehr nach dem Bahnhof Friedrichstraße alarmiert. Dort war ein Hauptrohr der Gasleitung vor der Hauptzufuhr unbemerkt geplatzt.

Brandstiftungen und kein Ende. In der Nacht zum Sonntag wurde die Berliner Feuerwehr nach der Alexandrinenstr. 28 alarmiert. Dort war um 1 1/2 Uhr nachts in einer Mansarden-Wohnung im linken Seitenschügel Feuer ausgebrochen.

Schwere Brandwunden erlitt in der Nacht zum Montag der 40 jährige Wälder Wilhelm Waier bei einem Brande in der Schönhauser Allee 181. In dessen Wohnung war abends um 11 1/2 Uhr Feuer ausgebrochen.

zu. Nach Anlegung von Notverbänden sorgte die Feuerwehr für die Ueberführung des Verletzten nach dem Krankenhaus am Friedhofsbain. — In Gefahr schwanden die Bewohner der Häuser Elsfasser Straße 49 und Pappelallee 47. Dort wurden zwei Wohnungen am Sonntag ausgeschwefelt. Der Schwefeldunst wurde schließlich auf den Treppen und in den Wohnräumen so arg, daß die Feuerwehr einschreiten mußte, diese drang in die Wohnungen ein, löschte den brennenden Schwefel und lästete sämtliche Wohnungen. Ferner hatte die Wehr noch in der Greifswalder Straße 18, Waldstraße 55 und mehreren anderen Stellen aus verschiedenen Anlässen zu tun.

Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich gestern Abend kurz nach 7 Uhr am Lustgarten. Beim Ueberfahren des Bahndammes überfuhr der 9 Jahre alte Sohn Alfred des Schlächtermeisters Hümler aus der Dragonerstr. 31 das Herannahen eines Pferdeomnibusses. Er geriet unter die Räder des Omnibusses, ehe der Kutscher diesen zum Stehen bringen konnte. Dabei erlitt der Knabe so schwere innere und äußere Verletzungen, daß er noch auf dem Transport nach der Hilfsstation am Spittelmarkt verstarb. Hier konnten die Ärzte nur noch seinen Tod feststellen. Die Leiche wurde darauf nach dem Schauhause gebracht.

**Radrennen in Jeltendorf. Sonntag, 29. Juli.** Dieser Renntag brachte trotz seiner niedrigen Eintrittspreise nur schwachen Besuch. Der gebotene Sport bot in der Hauptsache Plügerrennen und vereinigte eine größere Anzahl der besseren Klasse, so daß es an interessanten Kämpfen nicht fehlte. Der beste Mann war Oskar Peter. Im Eröffnungsfahren konnte er Carapezzi mit halber Länge schlagen, während Techmer und Sennede den Rest bildeten. Das Hauptfahren ergab aus den Vorläufen und Hoffnungsläufen ein Feld von Peter, Schwab, Rudela, das ersterer sicher gewann. Ein hübsches Bild war das Verfolgungsfahren von je zwei Viereremannschaften. Rudela-Peter-Ludewald-Techmer hatten nach acht Runden ihre Gegner Schwab-Carapezzi-Müller-Dehmann ein. Das Prämienfahren gewann Rudela vor Techmer und Ludewald, während im Handicap Techmer vor Rudela, Sennede und Hase einlief. Die beiden Dauerrennen über 25 und 30 Kilometer läuften durch das Verlegen der Rotoren an Interesse ein. Im ersten Lauf kam beim Start der Schrittmacher von Münzner zweimal zu Fall, so daß sein Fahrer ausstieg und Kiesner und Schulze allein fuhr. Schulze endete drei Runden zurück. Der zweite Lauf brachte Kiesner und Münzner durch Motordefekte ins Hintertreffen und Schulze blieb leichter Sieger.

**Dachstuhlbrand.** Am Sonntag Abend wurde schon wieder ein großer Dachstuhlbrand, diesmal vom Gesundbrunnen gemeldet. Dort stand der Dachstuhl des neuen Hauses Christianstraße 116 an der Prinzenallee in seiner ganzen Ausdehnung in Flammen. Weithin waren diese sichtbar. Als die Jüge 19 und 21 an der entfernten Brandstelle ankamen, war der Dachstuhl nicht mehr zu retten. Um die Flammen zu löschen, mußte die Wehr mit vier Schlauchleitungen längere Zeit kräftig Wasser geben. Der Schaden ist wieder bedeutend. Zahlreiche Mieter verlieren eine Menge Hausat. Die meisten waren beim Ausbruch des Feuers nicht daheim.

## Vorort-Nachrichten.

### Neukölln.

Zwei Wechsellasenschwindler, deren Treiben an Räuberei grenzt, sind am Sonntag hier aufgetreten. In dem Buttergeschäft von Krause in der Kaiser-Friedrich-Str. 68 erschienen zwei Vurichen im Alter von 22 bis 24 Jahren und fragten die allein anwesende Verkäuferin, ob sie ihnen ein Jahnmarkstück wechseln könne. Als sie dies bejahte, forderten sie für 20 Pf. Schinkenped. Dann legte der eine ein Jahnmarkstück auf den Ladentisch. Als nun die Verkäuferin 9,80 M. aufgezählt hatte, um diese den Vurichen auf die 10 M. herauszugeben, griff einer der beiden nach dem Jahnmarkstück und der andere nach den 9,80 M. Sie steckten das Geld in die Tasche, ließen zur Ladentür hinaus und schlangen sich dort auf bereitstehende Fahrräder. Ehe noch die Verkäuferin um Hilfe rufen konnte, waren die Vurichen mit ihren Rädern verschwunden. Die Frechheit der Räuber ist um so größer, als sie die Tat im Beisein eines Briefträgers ausführten, der nachträglich in den Laden gekommen war. Der Kriminalpolizei, die auf die beiden gefährlichen Vurichen jagnd, gelang es bisher noch nicht, diese zu fassen.

### Schöneberg.

**Schwerer Automobilunfall.** In der Schwabischen Straße spielten Sonntag vormittag mehrere Kinder auf dem Bahndamm, als ein Droschkenautomobil herannahte. Als der Chauffeur die Kinder erblickte, verlangsamte er sofort die Fahrt und gab wiederholt Warnungssignale. Während die übrigen Kinder sich noch rechtzeitig in Sicherheit brachten, lief der 17-jährige Sohn des Vierfährers hoch aus der Schwabischen Str. 16 gegen den Kraftwagen und wurde umgestoßen. Der Kleine geriet unter das Auto und wurde überfahren. Er erlitt einen Bruch des rechten Armes, eine Gehirnerschütterung und eine Verletzung des Unterleibes. In besinnungslosem Zustand wurde das verunglückte Kind durch den Fahrer der Droschke nach der Unfallstation in der Vorbergstraße und von dort nach Anlegung von Notverbänden nach dem Krankenhaus geschafft. Der Zustand des Knaben ist sehr bedenklich.

### Charlottenburg.

**Gärtnerische Anlagen.** Pläne zur weiteren künstlerischen Ausgestaltung des Savignyplatzes beschäftigen zurzeit die Stadtverwaltung. 20 000 M. stehen für diesen Zweck zur Verfügung. Auf dem Amtsgerichtshof soll ein Springbrunnen errichtet werden, der der Stadt geschenkt worden ist. Ein weiteres Projekt, dessen Verwirklichung 27 000 M. Kosten verursachen wird, ist bereits von der maßgebenden Deputation genehmigt worden. Es handelt sich um die Herstellung von gärtnerischen Anlagen auf dem nördlichen Teil des Grundstücks des Krankenhauses Westend vor den beiden neu errichteten Pavillons für Leisakranke. Die Anlagen werden nicht nur der Erholung der Patienten dienen, sondern durch einige eingetragene kleine Bauwerke dem betreffenden Teil der Anstalt ein wohlthuendes architektonisches Gepräge geben. Auch hierbei ist ein kleiner Springbrunnen vorgesehen.

Der Brand einer großen Holzbearbeitungsfabrik alarmierte in der Nacht zum Sonntag die hiesige und Berliner Feuerwehr nach Plötzensee. Dort brannte am Spanbauer Schiffbaukanal um 12<sup>1/2</sup> Uhr die Holzbearbeitungsfabrik von E. Oppermann in großer Ausdehnung. Die hiesige Wehr entsandte sofort den ersten, und dann den dritten Zug. Trotz der umfangreichen Vorkarbeiten konnte es nicht mehr verhindert werden, daß das Maschinenhaus mit wertvollen Maschinen, die nur zum Teil versichert sein sollen, niederbrannte. Das Feuer soll in dem Maschinenraum ausgebrochen sein. Der Besitzer ist vor Aufregung schwer erkrankt. Um 1<sup>1/2</sup> Uhr war das Feuer gelöscht.

### Wilmerdorf.

Tödlich verunglückt ist in der Nacht zum Sonntag der Kutscher Adolf Jander aus der Detmolder Straße 61. J. befand sich gegen 1 Uhr mit einem Möbelwagen seines Arbeitgebers auf dem Nachhausewege und war infolge Uebermüdung eingeschlafen. In der Laubacher Straße stieß der Wagen gegen die Vorhänge, wodurch der Kutscher von seinem Sitz herabgeschleudert wurde. A. stürzte in weitem Bogen auf das Straßenpflaster und blieb blutüberströmt und besinnungslos liegen. Passanten fanden den Schwerverletzten bald darauf auf und schafften ihn zu einem in der Nähe wohnenden Arzt, der einen Bruch des rechten Armes und des Unterleibes, zwei klaffende Wunden am Kopf und schwere Rückenquetschungen feststellte, ihm Notverbände anlegte und seine Ueberführung nach dem Lichterfelder Kreiskrankenhaus anordnete. Hier wurde jedoch die Aufnahme des Kutschers wegen Ueberfüllung abgelehnt; das gleiche war bei dem Schöneberger Krankenhaus der Fall. So mußte der Schwerverletzte nach dem Britzer Kreiskrankenhaus transportiert werden.

Inzwischen hatte der Verunglückte aber einen so starken Blutverlust erlitten, daß er alsbald nach seiner Einlieferung verstarb.

### Steglich.

**Sturz aus dem dritten Stockwerk.** In einem Anfall geistiger Unnützung hat sich gestern früh die 43jährige verwitwete Frau A. aus dem Fenster ihrer Stubenraumplog 4 gelegenen Wohnung gestürzt. Frau A. war schon seit längerer Zeit schwer nervenleidend und hatte wiederholt in Heilanstalten gewohnt. Erst vor wenigen Tagen war sie, da sich ihr Zustand etwas gebessert zu haben schien, aus einem hiesigen Sanatorium nach Hause zurückgeführt. Obwohl die Patientin ständig von Familienangehörigen beobachtet wurde, fand sie doch gestern früh Gelegenheit, in einem unbewachten Augenblick in einem erneuten Anfall ihres Leidens sich aus dem Fenster des Schlafzimmers auf die Straße hinabzustürzen. Die Bedauernswerte, die schwere innere und äußere Verletzungen davongetragen hatte, fand im Kreiskrankenhaus zu Groß-Lichterfelde Aufnahme. Ihr Zustand ist fast hoffnungslos.

### Groß-Lichterfelde.

**Ferienveranstaltungen. Mittwoch, den 31. Juli, nachmittags 8 Uhr:** Spielen bei Wahrensdorf, Wäkestraße 7. Trinkgefäße sind mitzubringen.

### Neuenhagen (Ostbahn).

Mit einem endgültigen Siege für die Sozialdemokratie endete die Stichwahl am Sonntag. Gen. Röser erhielt 109 und Gen. Reinhardt 99 Stimmen, während die Gegner nur 69 resp. 59 Stimmen auf sich vereinigten. Zu dem überraschend günstigen Ausfall der Wahl trug wohl etwas die fast vollständige Stimmeneinhaltung der Mitglieder des Grundbesitzervereins Niederheide-Hoppegarten bei. Die dritte Abteilung gehört jetzt der Sozialdemokratie. Ist uns doch außer dem schon einmal eroberten, aber wieder für ungültig erklärten Mandat des Gen. Röser auch noch das letzte Mandat der dritten Abteilung nach hartem Kampf, in dem sich unsere Parteigenossen tapfer geschlagen haben, zugefallen. Große Opfer wurden von den Genossen verlangt und nicht mehr als viermal mußten sie an den Wahlstisch treten. Zweimal davon zu einer solch ungünstigen Wahlzeit, daß viele einen halben, einige sogar einen ganzen Tagesverdienst opfern mußten. Sie ließen sich aber durch eine derartige Wadelschickel nicht abschrecken, sondern arbeiteten mit um so größerem Mut und doppelter Freude. Der Lohn ist nicht ausgeblieben. Nicht umsonst legten die Parteigenossen bei der Hauptwahl das Hauptgewicht auf die Besetzung des Wahlbureaus. Dies konnte nun als Stichwahltag einen Sonntag wählen, der es allen Wählern ermöglichte, ihr Wahlrecht ohne Opfer an Zeit und Geld auszuüben. Doch nun heißt es, nicht ruhen, sondern den Sieg auszunutzen, bis auch der letzte unserer Anhänger in die Reihen der Kämpfer eingetreten ist.

### Notwasser.

Zu einer wüsten Schlägerei kam es Sonnabendnacht im Lokal des Gastwirts Schramm in der Plantagenstraße. Bei dem Versuch, den zwischen einigen Gästen entstandenen Streit zu schlichten, wurde der Bier von einem der Hauptbeteiligten, dem 19jährigen Max Herzog, tödlich angegriffen und erheblich verletzt. Auch seine Angehörigen und die anderen am Streit Beteiligten trugen in dem darauffolgenden Kampfe, in dem außer den Fäusten auch Biergläser als Waffe dienten, Verletzungen davon. Nach Beendigung des Kampfes, der sich bis auf die Straße fortgesetzt hatte, drang Herzog nochmals in das Lokal und zertrümmerte in seiner Wut die etwa 1 Zentimeter starke Türschwelle und zwei Zimmertüren, die er aus den Angeln gehoben hatte. Trotz des großen Lärms waren keine Polizeibeamten zu erblicken; sie konnten erst nach langem Suchen aus entfernten Straßen herbeigerufen werden.

## Gerichts-Zeitung.

### Vertrauensduftelei.

Daß es noch mehr als vertrauensselige Leute gibt, die einem beliebigen Menschen ohne weiteres ihre gesamte Barschaft anvertrauen, zeigte eine Verhandlung, welche die 10. Ferienstrafkammer des Landgerichts I beschäftigte.

Aus der Untersuchungshaft wurde der Pferdehändler Georg Reineke vorgeführt, um sich wegen wiederholten Betruges im strafschärfenden Rückfalle zu verantworten. — Der wegen gleicher Schwindelereien schon vielfach vorbestrafte Angeklagte arbeitete mit folgendem Trick: Er hielt sich in den Wartehäusern der einzelnen Bahnhöfe auf und suchte sich hier mit einem gewissen Kennerblick seine Opfer aus. So traf er u. a. auf dem Schleifischen Bahnhof einen jungen Menschen, der nach seiner Kleidung offenbar dem Schlosser- oder Mechanikerhandwerk angehörte. Er sprach ihn an und erfuhr, daß dieser Monteur war und nach Danzig fahren wollte. Der Schwindler war scheinbar höchst erfreut und erzählte seinem Opfer, daß er ebenfalls Monteur sei und nach Langfuhr fahren müsse, um dort in der Wohnung des Kronprinzen Reparaturen vorzunehmen. Eigentlich habe er erst am nächsten Tage fahren wollen, da er aber Begleitung habe, so wolle er gleich mitfahren. Zu diesem Zwecke müsse er aber erst noch seinen Koffer holen. Er forberte dann den „Kollegen“ auf, mit nach seiner Wohnung zu kommen und ihm den Koffer tragen zu helfen, wofür er dann ein paar Glas Bier spendieren wolle. Kurz vor der Wohnung holte der Angeklagte dann einen Hundertmarkschein hervor und bat seinen Begleiter ihm diesen zu wechseln. Als dieser erklärte, daß er nicht so viel Geld bei sich habe, erzählte der Angeklagte, daß er bei seiner Wirtin noch 82 M. zahlen müsse und diese den Schein wahrscheinlich auch nicht wechseln könne. Der anscheinend außerordentlich vertrauensselige Monteur erklärte hierauf, daß er gerade 82 M. bei sich habe, die er ihm gern zur Verfügung stellen wolle. Er gab auch tatsächlich dem ihm völlig unbekanntem Angeklagten, dessen Namen er nicht einmal kannte, seine gesamte Barschaft und wartete dann geduldig auf dessen Rückkehr. Nachdem er etwa zwei Stunden vor der Haustür auf und abgegangen war, wandte er sich schließlich an einen Schuhmann, der ihn dann darüber aufklärte, daß er einem Schwindler in die Hände gefallen sei, der längst durch einen zweiten Verantwärtigen gelangten dem Angeklagten in über 20 Fällen.

Der Staatsanwalt beantragte eine Buchstrafe von vier Jahren. Das Urteil lautete auf 3<sup>1/2</sup> Jahre Buchstrafe, 1500 M. Geldstrafe ev. noch 100 Tage Buchstrafe und 5 Jahre Ehrverlust.

### Eine Regierung ist für kalte Füße des Pastors.

Daß eine Regierung auch einem Pastor gegenüber in gerade so fahrlässig grober Weise wie ein rücksichtsloser Arbeitgeber ihre gesetzliche und vertragliche Verpflichtung verletzt, den zur Arbeit Verpflichteten gegen Gefahr für Leben und Gesundheit so weit zu schützen, als es die Natur der Dienstleistung gestattet, zeigt ein Bericht der „Frankfurter Zeitung“ über einen Prozeß, der jetzt von dem Oberlandesgericht in Celle entschieden ist. In dem Prozeß handelt es sich um die nach § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und nach dem Grundsatz von Treu und Glauben selbstverständliche und nach dem Grundsatz von Treu und Glauben Frage: ob ein Pfarrer verpflichtet ist, im Winter in der ungeheizten Kirche zu amtieren.

Der Pfarrer der Klosterkirche in Reinhausen im Landkreis Göttingen hatte bei der Regierung als Eigentümerin der Kirche den Antrag gestellt, für die Kirche eine Heizungsanlage zu beschaffen, da man es ihm und den Gemeindegliedern nicht zu-

mühen könne, durch den Aufenthalt in der ungeheizten Kirche bei eifriger Winterarbeit ihre Gesundheit aufs Spiel zu setzen. Der Pfarrer war jedoch von der Regierung zu Hildesheim mit seinem Antrage kurzerhand und ohne jegliche Begründung abgewiesen worden. Der Pfarrer beschritt den Klageweg, wurde aber in erster Instanz unbegreiflicherweise kostenpflichtig abgewiesen. Der Pfarrer legte beim Oberlandesgericht in Celle Berufung ein. Die Berufung hatte den gewünschten Erfolg. Die Regierung wurde kostenpflichtig verurteilt, für die Kirche in Reinhausen eine Heizungsanlage zu beschaffen.

Neu Arbeiterfürsorge einer Regierung, ungeheizte Arbeitsräume dem geistlichen Arbeiter darzubieten. Wenn nun die Kirche im Winter nicht geheizt wird, ist der Pfarrer berechtigt zu streiken und Fortzahlung seines Gehaltes zu verlangen. Wenn dieses Ziel durch den Mangel an Fürsorge seitens der Regierung sicher erreicht würde, möchten wir es zur Nachachtung empfehlen.

### 20 Mark Strafe für ein Hoch auf Frankreich.

In früher Morgenstunde brachte eine angetrunkene Gesellschaft von mehreren Studenten und einem Zeichner in einer Gastwirtschaft im Anschluß an eine politische Erörterung der damals aktuellen Marokkofrage ein Hoch auf Deutschland und den deutschen Kaiser aus. Ein anderer Student, der vorher im Gespräch zu der übrigen Gesellschaft behauptet hatte, nicht Frankreich, wie diese meinte, sondern England sei unser gefährlichster Gegner, rief hierauf: „Nun können wir ja auch einmal Frankreich hochleben lassen, die französische Nation lebe hoch!“ Natürlich wollte er mit diesem gar nicht ernst gemeinten Hoch auf Frankreich nur den an den Haaren herbeigezogenen Kurpatriotismus der übrigen Gesellschaft parodieren. Aber darob waren die Studenten in der tiefsten Seele ihres patriotischen Herzens gekränkt. Sie denunzierten den anderen Studenten durch einen Artikel in einer Göttinger Zeitung als einen Vaterlandsfeind und verklagten ihn auch noch wegen Beleidigung. Und siehe da, das Göttinger Schöffengericht verurteilte jetzt den Studenten auch zu 20 M. Geldstrafe, weil er das Kaiserhoch der übrigen Gesellschaft durch sein Hoch auf Frankreich verspottet habe. Gegen das Urteil ist natürlich Berufung eingelegt worden.

## Aus aller Welt.

### Blutiger Rassenkampf in Georgia.

Die Stadt Rome im Staate Georgia war am Montag der Schauplatz eines furchtbaren Kampfes zwischen Negern und Weißen. Ein vagabondierender Neger hatte eine weiße Frau mit unfittlichen Anträgen belästigt. Auf die Annäherung einiger Weißer hatte er die Flucht ergriffen. Es hatte sich sofort eine bewaffnete Abteilung von Weißen auf den Weg gemacht, um den Neger zu ergreifen. Es gelang ihnen Bluthunden, im Gebüsch zwei Neger aufzustöbern, die sich bei der Annäherung der Weißen zur Wehr setzten. Sie wurden jedoch überwältigt und in der schrecklichsten Weise getötet. Die Unglücklichen wurden nämlich lebend auf die Schienen der nahegelegenen Eisenbahn gelegt, wo sie festgebunden wurden. Ein bald des Weges kommender Expresszug zermalmte die beiden Unglücklichen. Damit war der Rassenhaß entlammt, die Neger rollierten sich zur Verteidigung zusammen, und es kam zu einer förmlichen Schlacht, bei der zwanzig Weiße und noch mehr Neger schwere Verletzungen erlitten.

Einer Gruppe von fünf Negern, die einem überlegenen Trupp Weißer in die Hände fiel, erging es besonders schlimm. Die fünf Neger wurden nackt ausgezogen und mit Hundepoßchen zu Tode geprügelt. Die Miliz ist aufgeboten, um weitere Ruhestörungen zu vermeiden, man befürchtet jedoch, daß die Soldaten nichts gegen die Weißen unternehmen werden, die jeden Neger, dessen sie habhaft werden können, in der grausamsten Weise foltern.

### Ein schwerer Schiffszusammenstoß

hat sich einer Meldung aus Montreal zufolge im Atlantischen Ozean ereignet. Der englische Dampfer „Helvetia“, der den Dienst zwischen Sydney und Montreal versieht, stieß bei der Insel Magdalena, der größten der Magdaleneninseln im Atlantischen Ozean, mit dem großen Passagierdampfer „Empire of Britain“ von der Canadian Pacific Railway Company zusammen. Die „Helvetia“ wurde buchstäblich in zwei Teile gespalten. Die Besatzung konnte von dem Dzeandampfer gerettet werden. Auch die „Empire of Britain“ hat schwere Beschädigungen erlitten. Das Schiff setzt seine Fahrt langsam nach Quebec fort. An Bord des Dzeandampfers befinden sich 432 Passagiere erster und 328 Passagiere zweiter Klasse sowie 846 Zwischendecker. Unter den Passagieren entstand bei dem Zusammenstoß eine Panik, doch sind Personen nicht verletzt.

### Kleine Notizen.

**Bootsunfall.** In Magdeburg lief am Sonntag auf der alten Elbe ein mit vier jungen Leuten besetztes Boot gegen das Drahtseil eines am Ufer liegenden Schiffes und stürzte um, wobei die Insassen ins Wasser fielen. Zwei Mädchen und ein junger Mann ertranken.

**Unfälle in den Bergen.** Am Sonntag ereigneten sich, wie aus München gemeldet wird, in den Bergen mehrere Unglücksfälle. Am hohen Göl stürzte der Tourist Theunenkamp-Dresden ab und wurde schwer verletzt. Am Hochstauffen fiel ein Diplomingenieur des Saalbach-Kraftwerkes 300 Meter tief in einen Abgrund und war sofort tot. Oberlehrer Dr. Wiesing verunglückte bei Besteigung der Roten Wand tödlich.

**Verhängnisvolle Jugendfreizeit in Frankreich.** Am Sonntag nachmittag entgleiste ein Lokalgzug bei Morlaix, Departement Finistère. Vier Reisende wurden getötet, fünfzehn verletzt.

**Fünf Personen ertranken.** Im Hafen von Bordeaux wurde ein mit sechs Personen besetztes Boot von einem Raddampfer angerannt und in den Grund geholt. Fünf Insassen des Bootes ertranken.

**Ein Fallschirmkünstler abgestürzt.** Aus Kanton (Ohio) wird gemeldet: Der Fallschirmkünstler Bild fiel aus einer Höhe von 1000 Fuß herab, nachdem ein Seil des Trapezes am Fallschirm gerissen war. Bild war sofort tot.

### Witterungsübersicht vom 29. Juli 1912.

Stationen	Barometer (mm am 0 Uhr)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. W. (°C)	Stationen	Barometer (mm am 0 Uhr)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. W. (°C)
Stettin	757	SW	3	Regen	13	Papenburg	751	SW	3	Wolkf. 18	18
Danzig	757	SW	4	bed. 18	18	Petersburg	760	SW	3	1 halb bd.	18
Berlin	760	SW	4	bed. 18	18	Eckh.	751	SW	3	bed. 18	18
Kranz a. M.	760	SW	3	Zunf. 18	18	Aberdeen	742	SW	4	wolkig	14
München	762	SW	5	bed. 16	16	Paris	760	SW	3	wolkf.	16
Wien	758	SW	1	wolkf.	20						

**Wetterprognose für Dienstag, den 30. Juli 1912.**  
Wähig warm, zeitweise wieder heiter, aber sehr veränderlich mit etwas Regen, ziemlich lebhaften südwestlichen Winden und fortwährendem Gewitterniederschlag. Berliner Wetterbureau.  
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin SW.